

Der Zimmerer.

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (G. H. Nr. 2 in Hamburg).

Erscheint wöchentlich, Sonnabends.
Abonnementspreis pro Quartal (ohne Bestellgeld) M. 1,50.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Verantwortlicher Redakteur: G. Eck, Verleger: A. Brüggemann,
beide in Hamburg.
Redaktion, Verlag und Expedition: Hamburg 22, Fehlfeststr. 28, I.

Anzeigen:
Für die dreispaltige Zeile oder deren Raum 30 A.
für Versammlungsanzeigen 10 A pro Zeile.

Lohnbewegung.

Ausgesperrt sind die Zimmerer in **Rostock**.
Gesperrt sind in **Düsseldorf** die Arbeiter der
Firma Blasberg & Co., in **Lübeck** die Bahnhofsbauten
der Firma Helfmann, in **Schwelm i. W.** das
Geschäft von Sommer, in **Wilhelmshaven** die
Arbeiten der Firma Holzmann & Co.
Differenzen bestehen in der **Gothaer
Waggonfabrik**.

Wer das Sieb nicht weiter kann . . .

Th. Berlin, 4. Dezember 1904.

Seit nunmehr fünf Jahren kann die Regierung ihr Sieb nicht mehr weiter fangen; deshalb fängt sie in jedem Dezember, wenn der neue Etat vorgelegt wird, ihr Sprüchlein von vorne an. Und der Reichstag? Ach, dieser bescheidene Reichstag! Wie die Kinderchar erwartungsvoll vor dem Kasperletheater auf dem Jahrmärkte sich staut, als ob vom Kasperle jedesmal ganz neue Witze zu erwarten wären, so lauscht die bürgerliche Mehrheit der jährlichen Etatsrede des Staatssekretärs für die Reichsfinanzen. Und doch weiß jeder im Voraus, wie die Rede des Regierungsvertreters verlaufen, sogar welche einzelnen Pointen — beim Kasperle nennt man's Witze — sie enthalten wird. Ist dann der Minister fertig, so lassen ihn die eingekerkerten Parteien durch ihre Redner abfangen und ihm sagen, er verstehe seine Sache nicht recht; er solle es in Zukunft so oder so machen. Haben im Laufe etwa einer Woche auf diese Weise alle Reaktionen sich ausgesprochen, so wird die allgemeine Friedenspreiße geraucht. Und weil die Sozialdemokratie solche Komödien nicht mitmacht, sind alle bürgerlichen Parteien einig, daß die Sozialdemokraten schofle Kerls sind, die keine Vaterlandsliebe im Leibe haben.

In ihrer Presse läßt aber jede bürgerliche Partei ihren Wählern verkünden, wie grünlich von ihren Etatredner dem Minister für die Lotterwirtschaft der Kopf gewaschen worden sei. — Auch dieses Jahr wird die erste Lesung des Etats in der geschilderten Weise verlaufen. Die Einleitungsreden sind gestern bereits durch die Herren v. Stengel und v. Einem, gen. Notmaler, zur Ausführung gelangt, und zwar ganz programmgemäß. Morgen und die folgenden Tage werden die Parteiredner zum Wort gelangen, und Ende der Woche wird die große Vorstellung der ersten Etatslesung aus sein. Der Vorhang fällt und hinter ihm schütteln sich die bürgerlichen Parteien mit den Ministern die ehrlichen Hände. Wieviel Erhabenheit, wie große Treue gegen das Volk und wie tiefgründige Charakterfestigkeit liegt in einem solchen stillen Händedrucke, den ein Konservativer, ein Zentrumsmann oder ein Liberaler mit einem Minister austauscht. Der Müllischwur war Ramschware dagegen.

Und doch müßten gerade dieses Jahr die bürgerlichen Parteien, wenn ihnen der parlamentarische Volksverrat nicht längst die selbstverständliche Voraussetzung für ihr Wirken geworden wäre, sich der unerbittlichsten Opposition anschließen, die von der Sozialdemokratie geführt werden wird. Denn wenn auch dieses Jahr die Regierung nichts weiter weiß, als den alten Text von vorne anzufangen, so hört wirklich der Gurkenhandel und verschiedenes andere auf. Der Reichschatzsekretär Freiherr v. Stengel, eröffnete gestern den Reigen und sang ein Klage lied über die Lage der Reichsfinanzen, so düster und trostlos, daß man bereits Tabak und Bier, die man mehr wird bluten lassen wollen, um das schauerliche Defizit zuzudecken, schreien hören konnte. Nicht weniger als 293 Millionen Mark des Reichshaushalts finden keine Deckung. Um diesen Miesenbetrag muß im neuen Etatsjahre der Reichspump vermehrt werden. 300 Millionen ungedeckte Ausgaben! Und dabei handelt es sich nicht etwa nur um Ausgaben für einmalige Anschaffungen, bei denen die Zuzulassung von Anleihen leider längst schon üblich geworden ist, sondern allein 51 Millionen Mark der laufenden Ausgaben müssen durch eine weitere „Zuzulassung“ gedeckt werden; 185 Millionen Mark werden für den ruhmreichen Krieg in Südwestafrika gefordert; 46½ Millionen Mark sollen für Neubewaffnung der Infanterie mit dem Gewehr Modell 98 ausgegeben werden.

Unsere Reichsfinanzen sind bereits so vollkommen auf den Hund, daß der Reichschuldensekretär v. Stengel offen einräumen mußte, die erwähnten 46½ Millionen gehörten ja gar nicht in den außerordentlichen Etat, sondern unter die einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats, aber man habe die Schiebung vornehmen müssen, um nicht die „Zuzulassung“ um diese Summe noch höher schwellen zu lassen. Von den Zuzulassungen erkannte Stengel ausdrücklich an, daß sie „durchaus unzulässig“ sind. Trotzdem greift er dazu, statt zu erklären, entweder würden die Ausgaben für Krieg, Marine und Meer so eingeschränkt, daß eine Zuzulassung sich erübrige oder er gehe seiner Wege, da er nicht helfen wolle, die Reichsverfassung zu brechen. Etwas anderes ist nämlich die Zuzulassung nicht, als ein direkter Verfassungsbruch.

Die Sache liegt folgendermaßen: Für Bekleidung, Ernährung der Soldaten usw. werden jährlich X-hundert Millionen Mark gebraucht. Da diese Ausgabe so häufig wiederkehrt, ist sie eine laufende oder dauernde ordentliche Ausgabe. — Für die Soldaten werden dieses Jahr neue Seitengewehre angeschafft oder neue Gewehre, oder für die Artillerie neue Geschütze usw. Das sind zwar auch ordentliche Ausgaben, denn sie kehren von Zeit zu Zeit, je nachdem sich die alten Gewehre verbrauchen, wieder; aber sie sind nicht laufend, nicht jährlich, nicht dauernd. Sie gehören deshalb zu den einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats. Nun soll für ein Armeekorps ein Truppenübungsplatz gekauft werden. Das ist weder eine laufende ordentliche, noch eine einmalige ordentliche Ausgabe, sondern rubriziert unter die Ausgaben für den außerordentlichen Etat. — In ähnlicher Weise lassen sich die drei Ausgabenarten in allen anderen Ressorts unterscheiden.

Die Verfassung schreibt nun vor, daß die ordentlichen Ausgaben, und zwar sowohl die laufenden als die einmaligen, unbedingt aus den laufenden Einnahmen gedeckt werden müssen, nur zur Deckung der außerordentlichen Ausgaben dürfen Anleihemittel herangezogen werden. Diese Bestimmung der Verfassung ist sehr wichtig. Sie hat zur Folge, daß eben der Freßack Militarismus, der das Reich so sehr in den Bankrott geführt hat, sich eben nach der Decke strecken muß, wenn die regelrechten Einnahmen des Reiches nicht genug Geld für seine Verschwendungssucht abwerfen. Seit nunmehr vier Jahren läßt es die Reichstagsmehrheit jedoch zu, daß die verfassungsmäßige Schranke jedes Jahr von neuem niedergeworfen und der nicht gedeckte Teil der ordentlichen Ausgaben einfach durch „Zuzulassungen“ möglich gemacht wird. Auch der letzte Wiberhalten, den man dem allzugeträglichen Militarismus ins Fleisch schlagen konnte, hat man durch den freien Verfassungsbruch, der in der Sanktionierung der „Zuzulassungen“ durch den Reichstag liegt, wirkungslos gemacht.

Und nicht genug damit, sondern offen tritt gestern Stengel vor den Reichstag hin und erklärt, ein Posten von 46½ Millionen Mark, der in dem ordentlichen Etat als einmalige Ausgabe gehört, sei auf den außerordentlichen Etat geworfen worden, um dann das Recht zu haben, ihn aus Anleihemitteln decken zu dürfen. Weiter kann durch einen Regierungsvertreter die offene Verhöhnung und Lächerlichmachung der Verfassung nicht gut getrieben werden. Statt daß er sagt: „Entweder mag der Kollege v. Einem seine Forderung von 46½ Millionen Mark für dieses Jahr zurückziehen, oder er mag mir sonst einen Weg angeben, wie ich die Forderung aus den laufenden Einnahmen in irgend einer Weise decken kann, zu einer verfassungswidrigen Handlung lasse ich mich nicht mißbrauchen; ich lege auf der Stelle mein Amt nieder, wenn mir das zugemutet wird“ — statt daß also der Reichschuldenmacher so gesprochen und event. gehandelt hätte, tritt er vor den Reichstag und erklärt, die Reichregierung habe zwar „nur mit Widerstreben“ gewisse ordentliche Ausgaben in den außerordentlichen Etat geworfen, aber es sei halt nicht anders gegangen. Und der Reichstag hat den Schuldensekretär nicht heruntergepfiffen, ganz im Gegenteil! Herr v. Stengel machte noch eine halbe Stunde lang Stimmung für neue Steuern — außer den zu erwartenden Postwachserabgaben, die nicht mehr hinreichen, den Bankrott abzuhalten. Er nannte Klugerweise keinen Namen er in Aussicht genommenen Schlachtopfer; doch jeder weiß,

daß zunächst Bier und Tabak noch härter daran kommen sollen. Als dann Herr v. Stengel sich setzte, wurde ihn von rechts und vom Zentrum Bravo zugerufen. Das ist die Antwort der katholischen und evangelischen Junker und Junkerhansknecchte auf einen offenen und einen verdeckten Verfassungsbruch.

Vorerst braucht sich also die Regierung noch nicht zu fürchten. Sie erhält Zustimmung von den beiden stärksten bürgerlichen Parteien, wo sie wegen vollendetem und versuchtem Verfassungsbruch vor einen Staatsgerichtshof gehörte, den es freilich in Deutschland — noch nicht gibt.

Ein paarmal läßt sich das Rezept: „Wer das Sieb nicht weiter kann . . .“, schon noch wiederholen. Aber für immer reicht's nicht aus. Eines Tages wird es vielmehr heißen. Der Topf geht so lange zu Wasser, bis er bricht. Und die Arbeiterklasse wird es sein müssen, die dem Topf das Loch schlägt.



Verbandsnachrichten.

Zur Einführung der Arbeitslosenunterstützung.

Im Auftrage des Zentralvorstandes habe ich in der Zeit vom 15. bis 26. November d. J. in den Zahlstellen Hannover, Bielefeld, Dortmund, Essen, Duisburg, Düsseldorf, Bonn, Köln, Barmen-Elsfeld, Bochum und Osna-brück über das Thema gesprochen: „Die Einführung der Arbeitslosenunterstützung in unserem Zentralverbande. — eine Stärkung unserer Position im Lohnkampfe.“ Die Versammlungen waren meist gut besucht, teils aber auch sehr schwach. Daraus läßt sich jedoch nicht schließen, daß in Zahlstellen, wo der Versammlungsbesuch zu wünschen übrig ließ, kein Interesse für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung vorhanden wäre, und in Zahlstellen, wo der Versammlungsbesuch besser war, großes Interesse. So einfach liegen die Sachen nicht. Ich habe gefunden, daß in allen Zahlstellen Interesse vorhanden ist, wo die Zahlstellenvorstände dies nicht systematisch todteten. Eine recht merkwürdige Praxis mußte ich besonders in Dortmund gemahrt werden. Wie allerwärts, hatte ich auch hier meine Ausführungen so zusammengefaßt, daß ich an 4 Stunden Zeit genug hatte. Dann hielt ein Mitglied des Zahlstellenvorstandes, der Kamerad Klupisch, einen 1½-stündigen Vortrag über allerlei und sprach dabei auch gegen die Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Dann sprachen zwei Mitglieder kurz für die Einführung derselben. Nun hielt das Mitglied des Zahlstellenvorstandes, Kamerad Walter, eine Dauerrede von etwas mehr als einer Stunde, worin auch er auf vielerlei und dabei gegen die Einführung der Arbeitslosenunterstützung zu sprechen kam. Bei dieser Praxis hatte sich die anfänglich recht gut besuchte Versammlung dermaßen verlaufen, daß nur noch einige Duzend Personen im Saale anwesend waren. So werden die Generalversammlungsbeschlüsse, „sich unterbrochen mit der Arbeitslosenunterstützung zu beschäftigen“, durchgeführt! An Stelle eines Schlusswortes, das in der stark zusammengekauerten Versammlung überflüssig geworden war, habe ich auf die Angehörigkeit und Schädlichkeit einer solchen Praxis aufmerksam gemacht, so daß es hier nicht mehr nötig ist. Bedauerlich ist freilich das Geld, das für solche systematisch bereitete Versammlungen ausgegeben wird.

Wo eine solche Praxis nicht geübt wird, ist auch Interesse vorhanden. Aufmerksamkeit, ja große Aufmerksamkeit, herrschte während meines Vortrages in allen Versammlungen, und daß viele Kameraden in jenen Zahlstellen ernstlich über die Angelegenheit nachdenken werden, davon bin ich überzeugt.

Hierauf kann es auch nur ankommen. Es handelt sich, wie schon die Vorlage des Zentralvorstandes (Nr. 48 des „Zimmerer“) zeigt, nicht lediglich um die Einführung einer Arbeitslosenunterstützung in unserem Verbande, sondern, wie ich auch allerwärts nachdrücklich hervorgehoben habe (siehe den letzten Umriß meines Vortrages in Nr. 48 des „Zimmerer“), darum, daß unser Zentralverband in den Stand gesetzt wird, sich und seine Kampfstatt auf höherer Stufenleiter weiter zu entwickeln. Ein solcher Fortschritt setzt das Verständnis bei den Mitgliedern voraus, trotzfeueriger Enthusiasmus könnte nur schaden; er brächte uns sicherlich nicht ans Ziel.

Ich habe daher auch allwärts von einer definitiven Beschlußfassung abgeraten und empfohlen, man möchte sich

noch recht oft mit der Angelegenheit beschäftigt, das Endergebnis der Beratungen aber im „Zimmerer“ bekannt geben und den Delegierten der betreffenden Wahlabteilung zur Generalversammlung davon in Kenntnis setzen. Nichtsdestoweniger haben sich die Versammlungen in Bielefeld, Essen, Köln, Bonn, Varmen-Elberfeld und Bochum prinzipiell für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung entschieden. In den übrigen Zahlstellen will man die Angelegenheit weiter beraten.

Eine Weiterberatung in allen Zahlstellen erscheint aber schon von dem Willen sehr geratet, weil erst recht wenig Verhandlungsmittel mit den Motiven, die zu dem Vorschlage, die Arbeitslosenunterstützung einzuführen, Veranlassung gaben, und mit der Vorlage des Zentralvorstandes vertraut sind. Die letztere scheint meistens nur flüchtig oder gar nicht gelesen zu sein. Das ist ein sehr großer Uebelstand, der eine Beratung nicht nur erschwert, sondern sie geradezu unmöglich macht. Kommt dann noch hinzu, daß einige hartgejottene Gegner die Vorlage daraufhin gepörrt haben, ob sie nicht Anknüpfungspunkte für ihre ablehnende Haltung finden — und bei einer gewissen Auffassungsabsicht wird das immer der Fall sein —, dann ist eine solche Beratung direkt schädlich. Schädlich nicht nur für die in Frage stehende Angelegenheit, sondern korumpierend für die Zahlstelle, wo solche Beratungen stattfinden.

Ich kann es daher auch unterlassen, auf die Einwände einzugehen, welche von den wenigen Gegnern gemacht wurden, die sich an den Diskussionen beteiligt haben. Sie reichen nirgends an die von mir angeführten Kernpunkte der Sache heran. Diese sind eben: was zu unternehmen ist, um in Zeiten wirtschaftlichen Niederganges die Lohn- und Arbeitsbedingungen gegen Herabdrückung zu schützen, und wie wir der neuesten Kampftaktik des Unternehmertums, der systematischen Maßregelung, begegnen können. Daß es sich hierin um zwei brennende Fragen handelt, das jeder Gegner der Arbeitslosenunterstützung zu, ohne ander Abwehrmittel in Vorschlag bringen zu können.

Die Gegnerschaft gegen die Einführung der Arbeitslosenunterstützung resultiert mitunter aus Meinungen, Zuständen und Einrichtungen, denen bisher noch wenig Beachtung geschenkt worden ist. Sie hervorzuheben, dürfte geraten erscheinen. So führte z. B. der Kamerad Klupich in Dortmund aus, daß die Einführung der Arbeitslosenunterstützung in unsern Gesamtverbände die Möglichkeit biete, daß die jetzt flutierenden Zimmerer, die besonders in Dortmund die große Mehrzahl bilden, sich länger am Orte aufhalten können, als sie Arbeit finden. Sie könnten also dann, wenn sie Feierabend bekommen, warten, bis sie wieder Arbeit finden, reisten nicht mehr ab, wie es jetzt geschieht. Dadurch hätten die wenigen Anfähigen mit größerer bezw. öfterer Arbeitslosigkeit zu rechnen, als es jetzt der Fall ist. Auf diesen Zustand ist von einigen Rednern auch in anderen Zahlstellen des rheinisch-westfälischen Industriegebietes verwiesen worden. Mag diese Meinung nun richtig sein oder nicht, sie drängt zu der Frage: Können wir gewerkschaftlich organisierten Arbeitern die Hand dazu bieten, einen Zustand zu erhalten, wo Hunderte, vielleicht Tausende auf der Landstraße im Elend leben, nur um einigen Duzend Personen die Existenz zu sichern? Ich sage: Nein! Wir müssen, noch dazu als Sozialdemokraten, die Monopol- und Privilegienwirtschaft in jeder Form bekämpfen, wir dürfen uns nicht von so egoistischen, beinahe selbstmüchtigen Anschauungen leiten lassen, wie sie in vorstehendem zum Ausdruck kommt.

Unsere Dortmunder Kameraden haben sich mit den Zuständen abgefunden. Seit vier Jahren haben sie bereits die Arbeitslosenunterstützung auf lokaler Grundlage durchgeführt. Wer der Zahlstelle ein Jahr lang angehört, bekommt, wenn er im Winter arbeitslos wird, vom siebten Tage der Arbeitslosigkeit ab auf die Dauer von sechs Wochen täglich $\text{M} 1$ Arbeitslosenunterstützung. Sie haben dieser Einrichtung wegen die Beiträge nicht in dem Maße erhöht, wie es die Vorlage des Zentralvorstandes vorsieht; sie hatten das natürlich nicht nötig. Einige Zahlen werden uns das zeigen. Am Schluß des dritten Quartals 1903 zählte unsere Verbandszahlstelle in Dortmund 133 Mitglieder. Davon blieben bis zum Schluß des dritten Quartals 1904 45 Mitglieder in Dortmund bezw. in unserer dortigen Zahlstelle. Sie sind für diesen Winter unterstützungsberechtigt. Während der Zeit vom dritten Quartal vorigen Jahres bis zum Schluß des dritten Quartals dieses Jahres haben aber zusammen 698 Personen den Mitgliederbestand der Zahlstelle gebildet. Also diese 698 Mitglieder zahlten und nur 45 Mitglieder beziehen eventuell Arbeitslosenunterstützung. Kein Wunder, daß sich unter den Bezugsberechtigten einzelne finden, die diesen Zustand bezweigen möchten!

Wo solche Einrichtungen bestehen und die Fürsprecher derselben gegen eine erweiterte Arbeitslosenunterstützung Stellung nehmen, da wird die Gegnerschaft selbstverständlich mit anderen, eifrig gesuchten Gründen motiviert. Auf dieselben einzugehen, lohnt jedoch nicht, es vernotet nur die Diskussion.

In Osnabrück führte ein Redner allen Ernstes aus, daß dort eine Arbeitslosigkeit im vollen Sinne des Wortes nicht vorkomme. Wenn jemand keine Zimmerarbeit habe, dann suche er sich andere Arbeit und finde sie auch. Ein Widerspruch aus der Versammlung erfolgte nicht, somit muß man annehmen, die Sache liegt so. Demnach hätte die Einführung der Arbeitslosenunterstützung für die Mitglieder der Zahlstelle Osnabrück keinen direkten Wert. Es käme in solchen Fällen nur darauf an, den Mitgliedern den indirekten Wert der Arbeitslosenunterstützung klar zu machen. Denn es muß einleuchten, daß der Verband auch für solche Orte keine Vorteile schafft, wenn er sich im allgemeinen nicht schlagfertig machen und erhalten kann.

Genug, irgend welche Gründe, die Veranlassung geben könnten, die Propaganda für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung einzustellen, sind in keiner Versammlung laut geworden. August Beringmann.

Dem Zentralvorstande wurde ich beauftragt, in den Zahlstellen Stettin, Kolberg, Danzig, Königsberg, Bromberg, Posen, Breslau, Görlitz, Dresden, Chemnitz, Gera und Leipzig Versammlungen abzuhalten, um über die Not-

wendigkeit der Einführung der Arbeitslosenunterstützung im Verbands zu sprechen. Ich habe von vornherein damit gerechnet, auf recht großen Widerstand zu stoßen; das ist aber nicht der Fall gewesen. Mit ganz wenigen Ausnahmen haben sich die Diskussionsredner sachlich gehalten. Die Verhältnisse haben es eben mit sich gebracht, daß auch unsere Kameraden im Osten die Notwendigkeit der Einführung der Arbeitslosenunterstützung immer mehr erkannt haben.

Die Versammlungen waren im allgemeinen sehr gut besucht, trotzdem sie zumeist an einem nicht geeigneten Tage stattfanden.

Dies traf schon für Stettin zu, trotzdem war die Versammlung besser als alle anderen besucht; es waren 298 Kameraden erschienen. Unsere Kameraden Krause und Michaelis hatten es sich zur Aufgabe gemacht, die Notwendigkeit der Einführung der Arbeitslosenunterstützung auf Grund der Stettiner Verhältnisse darzulegen, und wenn vornehm schon die allgemeine Stimmung für die Einführung war, so ließen die Argumente der beiden Kameraden andere Anschauungen gar nicht mehr aufkommen. Die angenommene Resolution ist in Nr. 48 des „Zimmerer“ abgedruckt.

Für Colberg war zum 8. November eine Versammlung einberufen. Es herrschte aber an diesem Tage ein derartiges Unwetter, daß nur 28 Mann den Weg zum Versammlungsorte gewagt hatten. Unser Kamerad Toebe, ein eifriger Fürsprecher der Arbeitslosenunterstützung, hat nicht umsonst gearbeitet. Gegen die Einführung wurde nicht gesprochen. Einige recht alte Kameraden nahmen an der Diskussion teil. Sie erklärten, daß auch sie noch im Stande seien, den Beitrag, wie er im Entwurfe vorgesehen, zahlen zu können. In Zweifel wurde nur das Solidaritätsgefühl der jüngeren Mitglieder gezogen; hiergegen protestierten aber dieselben. Beschlossen wurde, daß trotz der recht umfassenden Diskussion die nächsten Versammlungen sich wieder mit derselben Frage zu beschäftigen haben.

In Danzig waren trotz des strömenden Regens 250 Kameraden zur Versammlung erschienen. Kamerad Finsel hatte hier, wie überhaupt in seinem Bezirk, tüchtig gearbeitet. Die Diskussion eröffnete Kamerad Hermann, der erklärte, daß er früher ein entschiedener Gegner der Arbeitslosenunterstützung gewesen sei, aber nunmehr, und zwar infolge der in diesem Jahre geführten Lohnkämpfe, anderer Meinung geworden sei. Die vom Kameraden Senfpiel vertretene Ansicht, es müsse mit der Einführung der Arbeitslosenunterstützung so lange gewartet werden, bis das Solidaritätsgefühl bis zur vollkommensten Höhe gebracht sei, wurde von einer ganzen Reihe Redner widerlegt. Daß auch eine Reihe Wünsche geäußert wurden, die zunächst unerfüllbar sind, ist begreiflich; sie wurden aber nur geäußert, um den Entwurf zu verbessern. Gegen zwei Stimmen wurde folgende Resolution angenommen: „Die am 9. November tagende Mitgliederversammlung der Zahlstelle Danzig erklärt sich mit dem vom Zentralvorstande ausgearbeiteten Entwurf zur Einführung der Arbeitslosenunterstützung, abgesehen von einigen Abänderungen, einverstanden, und bespricht, durch eifrige Agitation für die Einführung derselben einzutreten.“

In Königsberg nahmen 152 Kameraden an der Versammlung teil, das Lokal faßte auch nicht mehr. Hier wie in Danzig hatten sich einige Kameraden schon mit dem Entwurf beschäftigt. Gegner waren nicht vorhanden, meldeten sich wenigstens nicht zum Wort. Kamerad Holland hatte sich ebenfalls eine Berechnung aufgestellt, und war zu dem Schluß gekommen, daß bei den im Entwurf festgesetzten Beiträgen eine weit höhere Unterstützung gezahlt werden könne. Er hatte dabei nur das Eine übersehen, daß nämlich die in der Extrabeilage des „Zimmerer“, Nr. 43, Seite 8, angegebene Zahl der Mitglieder, welche Unterstützung erhalten, als dauernd zu unterstützen zu betrachten sind. Die Personen, welche Unterstützung erhalten, werden wechseln, aber immer wird die Zahl derjenigen, welche Unterstützung erhalten, die gleiche bleiben. Es werden immer 100 Mitglieder der ersten Beitragsklasse die Mittel zur Unterstützung für 4,13 Arbeitslose aufzubringen haben, 100 Mitglieder der zweiten Beitragsklasse für 3,30 Arbeitslose, 100 Mitglieder der dritten Beitragsklasse für 2,65 Arbeitslose und 100 Mitglieder der vierten Beitragsklasse für 1,92 Arbeitslose. Das wird sich während der Dauer des ganzen Jahres wiederholen. Solche sich notwendig machende Aufklärungen lassen sich sehr schwer in der Versammlung geben, das wird aber bei der weiteren Agitation möglich sein. Für Königsberg würde sich das Verhältnis folgendermaßen gestalten: Es sind am Schluß des dritten Quartals 325 Mitglieder; die Zahlstelle gehört in die dritte Beitragsklasse. Die Statistik ergibt, daß in dieser Klasse 106 Mitglieder für 2,65 Arbeitslose die Mittel aufzubringen haben. In Königsberg würden also 8,61 Mitglieder dauernd zu unterstützen sein. Dieselben beziehen in einem Jahre: $8,61 \text{ Mann mal } 52 \text{ Wochen} = \text{M} 6 = 2686,52$. Die Königsberger Kameraden müßten also diese Summe auch aufbringen; tun sie dies, so müßte der Jahresbeitrag nicht $\text{M} 8$, sondern $\text{M} 8,27$ betragen. Diese einfache Rechnung zeigt, daß bei den im Entwurf festgesetzten Beiträgen keine höhere Unterstützung gezahlt werden kann. Daß aber in Königsberg die Arbeitslosenunterstützung als ein Kampfmittel betrachtet wird, wurde festgestellt. Die Absicht der Unternehmer, durch Errichtung von Maßregelungsbureaus die Bewegung zu hemmen, ist erkannt und an einer Reihe von Beispielen wurde schon die Wirkung dieses Bureaus dargestellt. Beschlossen wurde, die Agitation für Einführung der Arbeitslosenunterstützung fortzusetzen.

In Bromberg fand am 11. November eine Versammlung statt, an welcher 72 Kameraden teilnahmen. Es war diese auch nicht die erste, welche sich mit der Arbeitslosenunterstützung beschäftigte; es war hier sehr gut gearbeitet. Einstimmig wurde folgende Resolution angenommen: „Die am 11. November im „Tivoli“ tagende Versammlung der Zimmerer ist der Ansicht, daß durch die Einführung der Arbeitslosenunterstützung eine wesentliche Stärkung des Gesamtverbandes erreicht wird. Dem Einzelnen wird im Falle der Arbeitslosigkeit durch die im Entwurf vorgesehene Unterstützung eine Milderung der durch die Arbeitslosigkeit geschlagenen Wunden zu teil und dadurch wird seine Widerstandsfähigkeit gegen die Ausbeutungsgelüste des Unternehmertums gestärkt. Aus diesen Er-

wägungen heraus erklärt sich die Versammlung für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Jeder einzelne verpflichtet sich, auflärend unter den Kameraden zu wirken, damit auf der nächsten Generalversammlung der Entwurf zur Annahme gelangt.“

In Posen hatten sich 85 Kameraden zur Versammlung zusammengefunden. Hier fehlte es an der nötigen Klarheit, aber die Ueberzeugung, daß im Verbands etwas geschaffen werden muß, um das einzelne Mitglied widerstandsfähiger zu machen, wurde von allen Rednern ausgesprochen. Unser Vorsitzender, Kamerad Golodinski, hatte eine schwere Aufgabe zu bewältigen; er mußte nicht nur mein Referat überlesen, sondern auch die verschiedenen Anfragen in polnischer Sprache beantworten. Begreiflich ist es, wenn in Posen Bedenken über die Aufbringung der Beiträge ausgesprochen wurden. Aber auch die wurden vom Vorstande aus zerstreut und erklärt, wenn jedes Mitglied auch nur einen halben Liter Branntwein pro Woche weniger trinken würde, die Beiträge erschwärbar seien. Einstimmig wurde eine Resolution angenommen, welche sich mit der in Bromberg gefaßten deckt.

Die Versammlung in Pleslau war von 265 Kameraden besucht. Es wurde wohl eine Resolution angenommen, welche besagt, daß in der Arbeitslosenunterstützung ein Kampfmittel erblickt wird, das geeignet ist, die Schlagfertigkeit des Verbandes zu erhöhen, aber sonst ließ die Versammlung alle möglichen Schlüsse zu. Durch einen angenommenen Schlußantrag wurde eine weitere Diskussion unmöglich gemacht.

In Görlitz, wo sich die Bewegung wieder zu bessern scheint, waren 42 Mann in der Versammlung. Nur der Vorsitzende trat mit aller Entschiedenheit für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung ein. Die Notwendigkeit wurde von keinem Redner bestritten, nur waren es kleine Bedenken, welche als Hinderungsgrund angegeben wurden. Beschlossen wurde auch hier, die Agitation lebhaft zu betreiben.

In Dresden waren 1200 bis 1300 Kameraden zur Versammlung erschienen. Einstimmig wurde eine Resolution angenommen, die an anderer Stelle erwähnt wird. Die letzte Kritik und die Stellungnahme der Arbeitgeberverbände zu unserer Bewegung haben in Dresden zu einem vollständigen Meinungsumschwung zu Gunsten der Arbeitslosenunterstützung geführt. Kameraden, die sonst immer befürchteten, die Bewegung könne versagen, erklärten in der Versammlung, daß sie sich früher in einem Irrtum befunden haben. Wenn auch in Dresden ein Kamerad meinte, die Einführung der Arbeitslosenunterstützung sei noch verfrüht, so wurden solche Ansichten nicht mehr ernst genommen.

In Chemnitz nahmen 124 Mann an der Versammlung teil. Allgemein ging die Ansicht der einzelnen Redner dahin, daß, wenn wir die Arbeitslosenunterstützung bereits eingeführt hätten, die Bewegung in Chemnitz nicht so weit zurückgegangen wäre. Es habe der so notwendige Rückenhalt gefehlt. Gegen drei Stimmen wurde folgende Resolution angenommen: „Die am 18. November im „Kellers Ballsaal“ tagende Versammlung der Einzelzahler des Verbandes erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Sie erkennt an, daß es notwendig ist, die Positionen des Verbandes im Lohnkampfe zu stärken. Sie erblickt nun in der Arbeitslosenunterstützung das geeignete Mittel. Daher erklärt sich die Versammlung mit ihrer Einführung einverstanden und verpflichtet sich die Anwesenden, die heute fehlenden Kameraden aufzuklären und sie von der Notwendigkeit und Durchführbarkeit der Arbeitslosenunterstützung zu überzeugen.“

Die nächste Versammlung fand in Gera statt und nahmen an derselben 80 Mitglieder teil. Auch hier erklärten frühere Gegner der Arbeitslosenunterstützung, daß ihre Meinung jetzt eine andere sei. Die Kameraden Junke, Bellath und Bergholz hatten sich schon mit dem Entwurf beschäftigt, und sie waren selbst in der Lage, etwaige Bedenken zu zerstreuen. Die ganze Verhandlung über Arbeitslosenunterstützung war eine sehr sachliche. Einstimmig wurde folgende Resolution angenommen: „Die am 19. November in Gera tagende Versammlung der Zimmerer erklärt, daß sie in der Arbeitslosenunterstützung ein Kampfmittel erblickt, das besonders geeignet ist, die Schlagfertigkeit des Verbandes zu erhöhen. Die Versammelten verpflichten sich, mit allem Nachdruck dahin zu arbeiten, daß bis zum Stattfinden der Generalversammlung des Verbandes alle Mitglieder von der Notwendigkeit der Einführung der Arbeitslosenunterstützung überzeugt sind.“

Die letzte Versammlung fand in Leipzig statt, und war von circa 300 Kameraden besucht. In der Debatte, die recht lebhaft war, kamen auch einige Kameraden als Gegner zum Wort. Alle Gegner stellten Preisfragen. Es war besonders der § 11 des Entwurfs, der es ihnen angetan hatte. Unser Kamerad Laue, der infolge seiner Tätigkeit als Gauleiter mit Kameraden aus rein ländlichen Gegenden recht oft zusammenkommt, konnte erklären, daß diese Kameraden sich die Sache viel leichter vorstellen, als nicht so hange hüt der Kontrolle sind als einige Kameraden in Leipzig. Wer es kamen auch recht vernünftige Ansichten zu tage, so daß die Gegner kaum noch in Betracht kamen. Gegen sieben Stimmen wurde die an anderer Stelle abgedruckte Resolution angenommen.

Im Vorstehenden habe ich einen Bericht gegeben über den Verlauf der Versammlungen, welche sich mit der Einführung der Arbeitslosenunterstützung beschäftigten. Im allgemeinen ist Stimmung für die Einführung, und wenn die Kameraden in den genannten Orten sich in den nächsten Versammlungen wieder damit beschäftigen, werden sich die heute noch vorhandenen Unklarheiten beseitigen lassen. In allen Orten macht sich notwendig, daß den Mitgliedern ein größerer Rückenhalt im Verbands geschaffen wird. Ueberall werden die Folgen der Arbeitslosigkeit immer schärfer empfunden, so daß auch Gegner, wenn von solchen ernstlich gesprochen werden kann, der Einführung der Arbeitslosenunterstützung nicht mehr widersprechen können. G. C. e.

Die Zahlstelle Schwiebus beschäftigte sich am 26. November mit der Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Der Vortrag des Kameraden Knüpfer wurde mit allgemeinem Beifall aufgenommen. In der Diskussion sprachen sich alle Redner für die Einführung aus.

Eine am 21. November d. J. tagende öffentliche Zimmererverversammlung in Leipzig nahm nach einem Referat des Kameraden Ede die nachstehende Resolution an: „Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und die Anwesenden verpflichten sich, aufklärend dahin zu wirken, daß die nächste Generalversammlung die Einführung der Arbeitslosenunterstützung unbedingt beschließen kann.“

Am 17. November nahm eine öffentliche Zimmererverversammlung in Dresden den Vortrag des Kameraden Ede mit Beifall auf. Nur ein Redner äußerte Bedenken, die aber widerlegt wurden. Eine Resolution, in welcher die Notwendigkeit der Arbeitslosenunterstützung anerkannt und die Erwartung ausgesprochen wird, daß die nächste Generalversammlung die Einführung der Arbeitslosenunterstützung beschließt, wurde einstimmig angenommen.

In Fürstentum A. beschäftigte sich unsere Zahlstelle am 27. November mit der Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Kamerad Bergmann aus Berlin hielt einen interessanten Vortrag, in welchem er die Notwendigkeit der Einführung klarlegte. Zum Abschluß kam die Sache nicht in der nächsten Versammlung weiter beraten.

Am 22. November nahm die Zahlstelle Spandau Stellung. Das Referat über die Bedeutung der Arbeitslosenunterstützung als Kampfmittel für unsere Organisation hatte Kamerad Kube aus Berlin übernommen. Er schloß seinen recht lehrreichen Vortrag mit dem Hinweis, daß alles daran gesetzt werden müsse, damit auch wir in unserem Verbands jene Einrichtungen bekommen, welche andere Gewerkschaften schon längst mit Erfolg durchgeführt haben. Die Kameraden Plan und Koniger sprachen dagegen. Die weitere Diskussion wurde bis zur nächsten Versammlung vertagt.

Die Zahlstelle Lindow i. d. M. nahm am 27. Novbr. Stellung. Kamerad Rothacker befragte die Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Dadurch würde unser Verband nicht nur stärker, sondern die Arbeitslosenunterstützung würde auch ersichtlicher auf die Mitglieder; sie würden sich nach Einführung erst befinden, bevor sie dem Verbande den Rücken kehren. Kamerad Wörchel sprach dagegen. Solche Einrichtungen seien nur für die Großstädte. Wenn bei uns am Orte etwa im August die Zimmerarbeit fertig sei, dann sehe jeder zu, wo er anderwärts auf den Gütern oder im Walde Arbeit bekomme. Da verdient man dann pro Tag M 1 und hat keine Ansprüche auf Arbeitslosenunterstützung. Die Versammlung sprach sich dafür aus, die Unterstützung der Arbeitslosen den Zahlstellen zu überlassen.

In einer Versammlung der Zahlstelle Heidenbergen, die am 27. November stattfand, referierte Kamerad Egge aus Frankfurt a. M. über die Vorteile der Arbeitslosenunterstützung. Mehrere Redner sprachen dagegen. Sie erhoben die bekannten Einwände, daß viele Mitglieder die Beiträge nicht aufbringen und dem Verbands verloren gehen würden.

In einer Versammlung in Wurzen, die am 22. November stattfand, referierte Kamerad Laue aus Leipzig über die Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Nach lebhafter Diskussion wurde beschlossen, die Beratung in der nächsten Versammlung fortzusetzen.

Unsere Kameraden in Lübz scheinen sich die Sache leicht gemacht zu haben. In ihrem Bericht über die Versammlung am 27. November heißt es: „Dann wurde über die Arbeitslosenunterstützung gesprochen und mit Stimmenmehrheit abgelehnt.“

Die Zahlstelle Belgern beschäftigte sich in ihrer Versammlung am 27. November auch mit der Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Der Vorsitzende erklärte den Vorteil für den einzelnen sowohl, wie auch für die Gesamtheit. Der Vortrag fand großes Interesse. In der Diskussion verhielten sich die meisten Redner jedoch ablehnend, weil der vorliegende Entwurf mangelhaft sei.

In Frankenhäuser i. Th. sprach am 20. November Kamerad Rudloff aus Erfurt in einer gut besuchten Mitgliederversammlung über die Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Der Vortrag fand Beifall, und in der Diskussion stellte sich heraus, daß man mit der Einführung einverstanden ist. Nur fürchteten einige Redner den Zurückschlag der Mitglieder.

Am 19. November hielt Kamerad Wiegmann aus Hannover in Soltau einen gediegenen Vortrag über die Einführung der Arbeitslosenunterstützung. In der Diskussion sprachen mehrere Redner im gleichen Sinne für die Einführung. In einer der nächsten Versammlungen soll weiter beraten und Beschluß gefaßt werden.

Die Zahlstelle Braunschw. beschäftigte sich in ihrer Versammlung am 20. November mit der Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Das Referat hielt Kamerad Gau, der in eingehender Weise die Gründe schilderte, die es notwendig machen, daß wir die Arbeitslosenunterstützung einführen und für die Durchführung des vorliegenden Entwurfs eintreten. Von keiner Behörde oder Kommune sei zu erwarten, daß sie uns helfe; der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe hat gegen die Einführung der Arbeitslosenunterstützung durch den Staat petitioniert. Von Seiten der Partei sei auch noch kein Widerspruch gegen die Einführung der Arbeitslosenunterstützung durch die Gewerkschaften erhoben. Wo dieselbe in den Gewerkschaften eingeführt sei, habe man die besten Erfahrungen damit gemacht, und die Unterstützungsätze seien nach und nach erhöht worden. Für die Einführung sprachen ferner die Kameraden Peters, Preuß, Osterloh, Kugelberg und Semler, dagegen der Kamerad Wehrenberg. Nach dem Schlußworte des Kameraden Gau, der die gemachten Einwände widerlegte, wurde gegen zwei Stimmen ein Antrag angenommen, der sich für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung auf Grund des vorliegenden Entwurfs ausspricht.

Am 24. November sprach Kamerad Knüpfer aus Berlin in Lindenwald über die Einführung der Arbeitslosenunterstützung. In der Diskussion sprachen mehrere Kameraden dafür, teils auch dagegen. Die letzteren meinten, daß man in Lindenwald einer Industriestadt, andere Arbeit bekommen könne, wenn bei der Zimmererei solche nicht zu finden ist.

Kamerad Johann Venz in B. hat auf Augen teilt uns mit, daß er ein entschuldigender Gegner der Arbeitslosenunterstützung sei. Er hätte geglaubt, daß die Einführung derselben größeren Widerstand gefunden haben würde. Ihm wäre es lieber, wenn eine Unterstützung in Krankheitsfällen

und in Todesfällen der Frau eingeführt würde. Für diesen Zweck würden die Kameraden, wie er meint, gern der Beitragserhöhung zustimmen.

Kamerad Knaack aus Neubrandenburg hielt am 27. November in einer Zahlstellenversammlung in Feldberg einen Vortrag über die Einführung der Arbeitslosenunterstützung; derselbe fand allgemeinen Beifall. Nach lebhafter Diskussion erklärten sich die Anwesenden für die Einführung.

In Pirich sind, wie das aus dem Bericht von dort hervorgeht, systematische Maßregelungen an der Tagesordnung. Unsere Kameraden nahmen nichtsdestoweniger in ihrer Versammlung am 20. November gegen die Einführung der Arbeitslosenunterstützung Stellung. Der vorliegende Entwurf fand keine Befürworter. Sämtliche Redner sprachen sich dagegen aus. Wenn der Entwurf zur Annahme gelänge, dann müßte doch ein großer Teil der Kameraden, die jetzt bei ständiger Arbeit ihre Familie nur schwer ernähren könnten, auf die Unterstützung verzichten und andere Arbeit annehmen. Von den M 6 könne niemand eine Familie ernähren.

In Glauchau tagte am 27. November eine Mitgliederversammlung, in welcher Kamerad Laue-Weißig einen Vortrag über die Einführung der Arbeitslosenunterstützung hielt. Sämtliche Anwesenden erklärten sich mit der Einführung einverstanden.

Kamerad Kösch referierte am 23. November in einer Versammlung in Wiesbaden über die Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Nach einer längeren Diskussion wurde eine Resolution angenommen, wonach sich die Kameraden der Zahlstelle Wiesbaden mit der Einführung der Arbeitslosenunterstützung einverstanden erklärten.

In einer außerordentlichen Mitgliederversammlung am 28. November in Gandsberg a. Lech hielt Kamerad Kemmer-München einen Vortrag über die Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Eine Diskussion wurde nicht beliebt. Es gelangte eine Resolution zur Annahme, welche die Einführung der Arbeitslosenunterstützung forderte.

Am 29. November beschäftigte sich eine Mitgliederversammlung in Offenbach a. M. mit der Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Kamerad Egge aus Frankfurt a. M. führte in einem Vortrage den Anwesenden die Notwendigkeit derselben vor Augen. Sämtliche Diskussionsredner sprachen im Sinne des Referenten. Bei der Abstimmung erklärten sich die Anwesenden im Prinzip für die Einführung, jedoch soll der Punkt nochmals in der nächsten Versammlung zur Beratung gestellt werden.

Am 10. November tagte in Alts-Glienide eine gut besuchte Mitgliederversammlung, in welcher Kamerad Schulz aus Berlin einen längeren Vortrag über die Notwendigkeit der Arbeitslosenunterstützung hielt. In der Diskussion sprachen mehrere Redner dagegen, und bei der Abstimmung erklärten sich sämtliche Kameraden gegen die Einführung der Arbeitslosenunterstützung, nur der Vorsitzende stimmte dafür.

In einer Versammlung am 27. November in Wernigerode referierte Kamerad Bartels-Magdeburg über die Einführung der Arbeitslosenunterstützung. In der Diskussion sprachen mehrere Redner dagegen und einer dafür. Die Abstimmung ergab ein ablehnendes Resultat.

In Wilhelmshaven beschäftigte sich am 22. November eine außerordentliche Mitglieder-Versammlung mit der Arbeitslosenunterstützung. Der Vorsitzende der Zahlstelle wies in längerem Vortrage auf die Notwendigkeit derselben hin. Es gelangte eine Resolution zur Annahme, welche besagt, daß die 16. Generalversammlung die Einführung der Arbeitslosenunterstützung beschließen möge.

Kamerad Rudloff referierte am 18. November in Jena über die Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Sämtliche Kameraden sprachen sich für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung aus.

In Untertürkheim referierte Kamerad Füllenschmied über die Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Sein Vortrag wurde zustimmend aufgenommen.

Kamerad Sommer in Cobitz schreibt uns, daß er kein Gegner von Unterstützungs-Einrichtungen ist; er fürchte auch die paar Groschen Beitragserhöhung nicht. In seiner Gegend werde aber kein Zimmerer arbeitslos. Darum geht seine Meinung dahin, daß es solchen Zahlstellen freigestellt werden müßte, auf die Arbeitslosenunterstützung zu verzichten und dafür in Krankheitsfällen einen Zuschuß zu nehmen.

Sehr schätzenswert für unsere Organisation ist die Einführung der Arbeitslosenunterstützung nach Abstellen mancher in dem Entwurf (Extrablatt zum „Zimmerer“ Nr. 43) enthaltenen Mängel.

Wenn ich mich auch in einigen Punkten der Kritik der Gegner über Arbeitslosenunterstützung anschließe, wünsche ich doch im Interesse und zum Wohl der Allgemeinheit ein Zustandekommen der geplanten Unterstützung.

Gerechter erscheint die Einteilung des Tarifs statt in 4 in 8 Klassen. Es werden leider immer noch Stundenlöhne von unter 30 M gezahlt. Im Bereich der hiesigen Zahlstelle besteht jetzt noch ein Stundenlohn von 26 M.

Schon der Verbandsbeitrag von zusammen 80 M pro Woche bedeutet bei allem guten Willen ein großes Opfer von vielen Kameraden. Würde dazu noch ein Beitrag von 15 M kommen, so dürfte dieser Umstand geeignet sein, Kameraden, welche der I. Beitragsklasse einzureihen sind, dem Verband zu entfremden, weil sie im Verhältnis zu anderen Lohnklassen mehr als diese zahlen sollen. Von großem Vorteil ist es aber, gerade die Kameraden der I. Klasse für den Verband zu gewinnen. Denn gerade die mitleidigen Erwerbsverhältnisse dieser Kameraden sind der Hemmschuh bei unseren Lohnkampfen.

Nun ist ja allerdings gerade die Arbeitslosenunterstützung geeignet, diesem Uebelstand zu begegnen, wenn die Unterstützung vorteilhafter gestaltet wird.

Wesentlich vorteilhafter erscheint der Entwurf in folgender Fassung:

§ 2. Zweckmäßiger Aufbringung der Mittel zur Unterstützung hat jedes Mitglied auf die Dauer von 40 Wochen in der Zeit, welche § 4 Abs. 2 des Statuts vorschreibt, den im § 8 bezeichneten Beitrag zu leisten.

In § 8 würde unter Beibehalten der übrigen Bestimmungen der Tarif abzuändern sein:

Klasse	Stundenlohn	Wochenbeitrag	Unterstützung nach einjähr. Beitragszahlung	
			pro Woche	pro Tag
I	bis 30	9	4	40
II	von 30 bis 35	11	5	20
III	35	13	6	—
IV	40	15	6	80
V	45	17	7	60
VI	50	19	8	40
VII	55	21	9	20
VIII	60	23	10	—

§ 4 dürfte entbehrlich sein oder die Bestimmung entfallen: Vorstehender Tarif wird nach Lage der Einnahme in den Unterstützungen erhöht.

Benutzt man nun zum Beispiel die gegebene Unterlage auf Seite 8 des Entwurfs („Zimmerer“ Nr. 43) zur Berechnung mit dem Acht-Klassentarif, so kommt unwillkürlich die Ueberzeugung, daß noch mehr Unterstützung gezahlt oder geringerer Beitrag erhoben werden kann unter Beibehalten der übrigen Paragraphen des Entwurfs, von denen allerdings Kamerad Wilhelm Krenker-Düsselhof berechtigterweise die §§ 6 und 7 scharf kritisiert.

Klasse	Durchschnittlicher Wochenbeitrag pro Mitglied	Durchschnittlicher Jahresbeitrag pro Mitglied	Im Jahre 1903 beteiligten sich Mitglieder	Summe der Beiträge	
				M	ℳ
I bis II	10	4	1860	7440	—
III	14	5	5597	81343	20
V	18	7	7381	53143	20
VII	22	8	4622	40673	60
Summe der Einnahmen aller Klassen...				182600	—

Klasse	Jahresunterstützung pro Mitglied	Zahl der zu Unterstützenden	Zu zahlende Gesamtsumme		
			M	ℳ	
I bis II	28	80	77	2217	60
III	38	40	185	7104	—
V	48	—	196	9408	—
VII	57	60	90	5184	—
Summe der Ausgaben aller Klassen...			23913	60	
Einnahme.....			M 182600,—		
Ausgabe.....			„ 23913,60		
Ueberschuß.....			M 108686,40*)		

Hierbei dürfte ein Teil zur Deckung der Unkosten abzurechnen sein.

Den einzelnen Zahlstellen empfehle ich betreffs der Arbeitslosenunterstützung sprichwörtlich, „nicht das Kind mit dem Bade auszuschütten“, sondern beraten und etwas Gutes fördern zu helfen. G. B. Wolffram, Belgern.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Quittung der Zentralkasse.

In der Zeit vom 1. bis 30. November 1904 gingen folgende Beträge und Belege beim Unterzeichneten ein: Aus Alt-Nahstedt M 111,80, Angermünde 54,75, Annaburg 26,75, Anrabe 106,90, Alsbach (Eintr.) 8,50, Baden-Baden 10,25, Bad Nauheim 26,35, Bahn 76,90, Bargteheide 131,45, Barmen, i. Rechn. 36,60, Baugen 92,70, Bensheim Auerbach (Eintr.) 6, Bergeborf, i. Rechn. 4,80, Bernau 157, Berlin, i. Rechn. 1664,08, Bonn, i. Rechn. 29, Bayreuth 32,40, Bremen 800, i. Rechn. 210,70, Briesen (Eintr.) 7,50, Breslau 15,35, i. Rechn. 300, Chemnitz 100, Coburg 51,50, Cracau 65,70, Culm (Eintr.) 9,10, Curgaben 100, Danzig 400, i. Rechn. 55, Deutsch Eylau 34,90, Deutsch Krone 44, Demmin 6,40, Döbeln 112,40, Eberstadt 30,15, Eisleben 36, Egeln 43,50, Ederförde 41,60, Elmshorn 96, Erfurt 200, Gulin 118,50, Flensburg 100, Fürte 129, Frankenhäuser 30, Frankfurt a. d. O. 155,55, Freiburg i. Br. 359,80, Fritch 84, Glauchau 59,40, Goslar 107,75, Grimmen i. Rechn. 96,60, Grünberg i. B. 90,60, Gumbinnen 34, Großenhain 11, Hagen i. B. 134,95, Hamburg 1800, Heddingen 15, Herne 109,70, i. Rechn. 12, Hannover i. Rechn. 150, Hildesheim 268,25, Holzminde 10, Holzhausen 43,25, Jever 151,50, Jümenau 65,25, Kiel 1650, Kirchhain i. d. N.-B. 33,43, Kirchheim u. T. 43,25, Kröplin 52,25, Langen 92,95, Langensfeld 74,45, Langensalz 43, Leipzig 1400, i. Rechn. 400, Liegnitz 40,90, Lübnitz 115, i. Rechn. 47,30, Lorch 80,50, Lübeck 415,45, Lüben 15, Magdeburg 400, Marburg (Eintr.) 5,50, Memel 70,50, München 600, i. Rechn. 200, Neuhaldensleben 96,10, Neumünster 175, Neustadt a. d. Orla (Eintr.) 4, Nürnb. 400, i. Rechn. 741,52, Oberhausen 74,25, Oerndorf 13,50, Oebisfelde 58,10, Oggersheim 27,50, Osterburg 99,90, Ottersleben 200, Plauen i. B. 125, i. Rechn. 205,30, Potsdam 150, Pr. Stargard 16,20, Pirich 52, i. Rechn. 86, Quer-

*) Diese Berechnungen beruhen auf einer triftlichen Auffassung, der man allerdings öfter begegnet und die Kamerad Ede in seinem Bericht bereits durch eine kurze Bemerkung richtig stellt. Nach der obersten Tabelle auf Seite 8 der Zentralvorstands-Vorlage haben je 100 Mitglieder die Beiträge für 2,31 oder rund 3 Arbeitslose aufzubringen. Das ist so zu verstehen: diese drei bezögen nicht nur für sechs Wochen, sondern das ganze Jahr, also 52 Wochen hindurch die vorgesehene Unterstützung; mit anderen Worten: hundert Mitglieder bringen in einem Jahre die Unterstützung für 156 Wochen auf. Sie steuern also auch nach der Vorlage 26 Arbeitslose aus. Geht der Fall, die Arbeitslosigkeit dauerte in allen Fällen nur zwei Wochen, wovon eine Woche als Karenzzeit in Betracht kommt, während welcher keine Unterstützung vorgesehen ist, dann bräuchten 100 Mitglieder die Unterstützung für 156 Arbeitslose auf. Zwischen 26 und 156 schwankt also die tatsächliche Personenzahl, für welche je 100 Mitglieder die Unterstützung aufzubringen haben.

furt 66,25, Reichensachsen 133,20, Rheingönheim 27,80, Rothwein (Centr.) 9,50, Mosthof i. M. 110, Rothemühl 35,80, Sebaltsbrück 207,50, Spremberg 142,09, Schwelm 99,30, Schöningen 18,25, Staßfurt 74,40, Stettin 117,95, i. Rechn. 200, Straßburg i. Westpr. 57, Strieg-Trinitatis 30, Stuttgart 500, Templin 126,25, Tiffit (Centr.) 3,50, Ueterien 57,20, Waldeburg 100, Wandsbel 242,85, Wilster 79,60, Witten 80, Wilhelmshaven 105,60, Westerland 135,60, Wolfenbüttel 12,60, Wolfenbüttel 37,20, Wustrow 3,75, Züllichau 83,35, Einzelzahler der Hauptkasse 181,30; Restzahlungen: Erone a. d. Dr. 16,50, Königsleiter 12, Ragsburg 15, Jährz 7,80; für Kolportagemarken: Duisburg 1, München 7, Trachenberg —, 60; für Drucksachen: St. Gallen d. Jäger 10,30; für Lieder: Danzig 15; an Streikunterstützung zurück: Obesloe pr. Naah 39,20; für Protokolle d. 15. G.: Bernau 2,60, Rothemühl —, 80; für „Die Geschichte“ I. Band: Dortmund, i. Rechn. 30; Porto zurück: 15 Zahlstellen 5,10; für Monarchie oder Republik (St. Frohne): Bernau 2,60, Bromberg 10,40, Celle 7,80, Coblenz 2,60, Frankenhäuser 2,60, Friedrichsort 5,20, Herne 13, Jever 2,60, Langenbiebach 2,60, Lauenburg 2,60, München 15,60, Mühlentheim 2,60, Neuenhain 2,60, Neuhaldensleben 2,60, Ors 2,60, Potsdam 2,60, Schwarzenberg 7,80, Schleswig 2,60, Stargard 2,60, Stettin 5,20, Sülze 2,60, Templin 2,60.

Streifonds.

Aus Mtenburg M. 140, Aulam 23,20, Bargeheide 30, Barleben 29,20, Bayreuth 5, Baugen 25, Bernburg 15, Bergen a. Mügen 14,60, Bergedorf, i. Rechn. 42, Bernau 57, Boizenburg 23,40, Braunschweig 216,55, Bromberg 22, Bruns- haupten 8, Burgdorf 8,60, Cassel 138, Chemnitz 100, Coburg 21,60, Cöslin 8, Cracau 7,20, Deutsch Wissa 13,20, Döbeln 13, Eberswalde 89,50, Ebernstraße 6, Elmshorn 4, Enkheim 18,40, Eulm 46,40, Flensburg 80, Fribach 18,20, Frank- furt a. d. O. 40,80, Friedrichshagen 158,40, Fürth 16, Garg a. d. O. (d. Schraber) 8,40, Greifenburg 1,20, Götta i. Rechn. 155,50, Gold- berg i. Schl. 4,60, Grimmen 24, Gr.-Zimmern 38, Grünberg i. B. 10,80, Grünberg i. Schl. 22,80, Heilbronn 51,20, Roswig 18, Langenfelld 45, Langen 48, Lößnitz 83,20, Lorch 8, Lüne- burg 36,40, Meß 70, Neuzelle 3,60, Oberhausen 50, Pforzheim 25, Pflingstadt 20, Pöhlz 28,40, Preetz 6, Pr. Stargard 8,20, Pritz 18, Querfurt 10, Reichensachsen i. B. 9,80, Regensburg 4,20, Reichensachsen 20, Roslau 40, Mosthof i. M. 36,30, Ruhrlot 104, Sommerfeld 5, Scharnbeck 10, Schönebeck 21, Schönlank 1, Schöningen 13,60, Spremberg 1,60, Straßburg 2,40, Swine- münde 29,80, Torgelow 2, Trachenberg 15, Welten 4, Witten- berge 4, Zerbst 9,40, Ziegenhals —, 80, Zwickluden 1,60.

NB. Um diversen diesbezüglichen Anfragen gerecht zu werden, weist Unterzeichneter hiermit ausdrücklich darauf hin, daß für Berechnung des Streifondsbeitrages an die Haupt- kasse die Mitgliederzahl vom zweiten Quartal maßgebend ist, wie solche bei der Hauptkasse festgesetzt wurde, nicht etwa die Feststellung nach den geleisteten Beiträgen.

Wenn auch nunmehr der größte Teil unserer Zahlstellen seiner Verpflichtung bezüglich des an die Hauptkasse abzu- führenden Zentralstreifondsbeitrages nachgekommen ist, so wollen wir doch nicht unterlassen, die nachlässigen Zahlstellen hiermit noch einmal zu ermahnen, schleunigst den Restbetrag einzufenden, da wir die restierenden Zahlstellen in einer der nächsten Nummern dieses Blattes bekannt zu geben mißens sind.

Um Mißverständnissen zu vermeiden, machen wir ferner aus- drücklich darauf aufmerksam, daß fürs vierte Quartal immer 10 Beiträge zu entrichten sind. Dasselbe datiert vom 26. September bis 3. Dezember. Unser Rechnungsjahr begann mit dem 29. Februar und endet mit dem 3. Dezember (40 Wochen).

Bei Einsendung jeglicher Beträge ist auf dem Postabschnitt zu vermerken, wofür dieselben gerechnet sind. Da auf unseren Postanweisungsformularen ein solcher Vordruck enthalten ist, kann nicht oft genug darauf hingewiesen werden, von diesem den ausgiebigsten Gebrauch zu machen. Beträge, welche ohne jeglichen Vermerk eingehen, werden für Beiträge gebucht. Besteres geschieht auch dann, wenn eventuell die eingelangte Abrechnung den Betrag anders spezifiziert, da die Abrechnungen erst sechs Wochen später kontrolliert werden.

Ab. Römer, Kassierer.

Bekanntmachungen der Agitationskommissionen.

Agitationskommission für die Provinz Pommern.

Bericht über das dritte Quartal 1904.

Die Tätigkeit der Kommission erstreckte sich im dritten Quartal auf 17 Orte, die insgesamt 30 mal besucht worden sind. Aufklärende Versammlungen sind in sechs Zahlstellen abgehalten worden; Besprechungen haben in vier statt- gefunden; in sieben Fällen machten Lohnunterschieden ein Eingreifen der Kommission notwendig, und in fünf Zahl- stellen mußte die Einwendung der Quartalsabrechnung be- wirtet werden. Eine Flugblattverbreitung ist in Greif- swald veranstaltet worden und neu errichtet wurde die Zahl- stelle Jarmen.

Die eigenartigen Verhältnisse in Pommern erschweren die Agitation in erheblichem Maße. Es fehlt durchweg an der nötigen Einsicht; man hat die Notwendigkeit der Organi- sation noch nicht begriffen und ist daher allen Aufklärungs- bestrebungen schwer zugänglich. Und das trotz der nicht unbedeutenden Verbesserungen, die unser Verband für eine ganze Anzahl Zahlstellen in der Provinz erlämpft hat. Kennen wir zunächst:

Altam. Dort ist nach 15wöchigem Streik im Vor- jahre der Lohn im Anfang dieses Jahres auf 35 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ pro Stunde festgesetzt bei 10 $\frac{1}{2}$ stündiger Arbeitszeit; er soll sich im Jahre 1905 auf 37 $\frac{1}{2}$ erhöhen bei gleichzeitiger Ver- zürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde.

In Altam ist eine Erhöhung des Lohnes von 40 auf 42 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ pro Stunde bei zehnstündiger Arbeitszeit erreicht worden.

Der Zahlstelle **Wahn** gelang es, an Stelle des Tage- lohnes, der bei elfstündiger Arbeitszeit M. 2,70 betrug, den Stundenlohn einzuführen, und zwar in Höhe von 30 $\frac{1}{2}$.

Bergen a. Mügen erzielte 2 $\frac{1}{2}$ Lohnserhöhung und eine halbe Stunde Arbeitszeitverkürzung. Der Lohn beträgt dort jetzt bei zehnstündiger Arbeitszeit 34 $\frac{1}{2}$ pro Stunde.

In **Greifenhagen** ist der Lohn von 30 auf 35 $\frac{1}{2}$ erhöht, die Arbeitszeit von 11 auf 10 Stunden verkürzt worden.

Der erst am 28. Februar d. J. gegründeten Zahlstelle **Crimmen** ist es gelungen, ohne Kampf eine Erhöhung des Lohnes von 27 auf 30 $\frac{1}{2}$ pro Stunde durchzusetzen; auch die Arbeitszeit im Winter ist jetzt eine geregelte.

In **Lößnitz** wurde über das Geschäft von Neumann die Sperre verhängt wegen Nichtanerkennung der bean- tragten Änderungen im Tarif. Die Sperre wurde dadurch illusorisch, daß sich Arbeitswillige in genügender Anzahl fanden.

In **Pöhlz, Zedlitzfelde, Sagen** und **Hammer** ist der Lohn um 2 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$, und zwar von 42 $\frac{1}{2}$ auf 45 $\frac{1}{2}$ erhöht worden; die Arbeitszeit ist eine zehnstündige.

Auch die Zahlstelle **Pritz** kann auf einen nicht un- erheblichen Erfolg zurückblicken. Unter Mitwirkung des Landrat-Stellvertreters kam ein Tarif zu Stande auf fol- gender Grundlage: zehnstündige Arbeitszeit, 35 $\frac{1}{2}$ Stunden- lohn. Mit Ausnahme des Obermeisters **Denkwith** halten die Arbeitgeber den Tarif ein.

In **Richtenberg** ist ebenfalls eine Lohnserhöhung von 32 auf 34 $\frac{1}{2}$ pro Stunde durchgeführt worden.

In **Stargard i. Pommern** haben sich, nachdem die dortige Zahlstelle im Jahre 1902 der Auflösung anheim- fiel, die Kameraden im Jahre 1903 wieder dem Verbands angegeschlossen. Der Lohn war von 40 $\frac{1}{2}$ im Jahre 1900 auf 36 $\frac{1}{2}$ im Vorjahre zurückgegangen. Jetzt ist es ge- lungen, ihn wieder auf 40 $\frac{1}{2}$ zu bringen. Ein Hindernis für die Zahlstelle bildet der dortige **Kalterverren**. Diesem ist es auch zu danken, daß die ziemlich günstige **Baukonjunktur** nicht besser ausgenutzt werden konnte.

In **Stepenitz** verlief die aus Anlaß der von unseren Kameraden eingereichten Forderungen von dem Unter- nehmer (am Ort ist nur einer) in Szene gesetzte Aus- sperrung erfolglos. Die älteren Kameraden wurden wieder eingestellt und ihnen eine Lohnzulage von 2 $\frac{1}{2}$ pro Stunde gezahlt, der im nächsten Jahr weitere 2 $\frac{1}{2}$ folgen sollen.

Stettin hat in diesem Jahre eine Lohnserhöhung von 2 $\frac{1}{2}$ pro Stunde erreicht; die Forderung auf Ver- zürzung der Arbeitszeit mußte in Hinsicht auf die un- günstige Bauperiode fallen gelassen werden.

In **Stolp** ist trotz der noch überwiegenden zünft- lichen Bestrebungen der dortigen Zimmerer eine durch- schnittliche Lohnserhöhung von 1 $\frac{1}{2}$ pro Stunde erzielt, ebenso eine Verkürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde.

Auch in **Swinemünde** ist ohne Kampf der Lohn um 2 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ — von 40 auf 42 $\frac{1}{2}$ $\frac{1}{2}$ — erhöht worden. Ob das Errungene behauptet werden kann, ist allerdings fraglich. Notwendig dürfte es sein, daß sich die dortigen Kameraden allesamt dem Verbands anschließen, stehen doch heute noch über 50 pzt. demselben fern.

In **Ueckermünde** ist neben einer Erhöhung des Lohnes von 2 $\frac{1}{2}$ die achtstündige Lohnzahlung an Stelle der vierzehntägigen eingeführt worden.

Soweit die Fortschritte in den Zahlstellen der Provinz Pommern. Sie zeigen deutlich, was eine gute Organisation zu leisten vermag. Die Erfolge würden ohne Zweifel be- deutend größer sein, wenn die ansehnliche Zahl der An- differenten sich endlich entschließen könnte, dem Verbands beizutreten. Dahin zu wirken muß unsere Aufgabe sein, der wir uns nach wie vor mit allem Eifer widmen wollen.

Stettin, im November 1904. Carl Michalis.

Unsere Lohnbewegungen.

Abschluß eines Tarifs in Mainz. Unsere Mainzer Kameraden hatten direkt nach der beendigten Aussperrung der Bauarbeiter im Mainzergebiete in mehreren öffentlichen Ver- sammlungen ebenfalls Stellung zur Lohnfrage genommen und durchsichtigen lassen, daß auch sie mit der bisherigen Entlohnung (43 $\frac{1}{2}$ die Stunde) keineswegs zufrieden sein könnten. In einer einstimmig angenommenen Resolution wurde ausgesprochen, daß den Mainzer Verhältnissen entsprechend der Stundenlohn 60 $\frac{1}{2}$ betragen müsse. Dem Vorstand der Zahlstelle wurde es über- lassen, in Gemeinschaft mit dem Gauleiter die nächsten Schritte einzuleiten zur Erreichung des oben erwähnten Zieltes. Dem sachlichen und geschickten Vorgehen der Leitung ist es nun zu danken, daß die Lohnbewegung in Mainz einen so raschen, glatten Abschluß gefunden hat. Die Leitung nahm zunächst Abschied von der Einreichung eines Lohnantrages, sondern fragte erst bei der Leitung der Unternehmerorganisation an, ob sie bereit sei, mit dem Vorstand der Zahlstelle in Ver- bindung zu treten zwecks Festsetzung der Arbeitsbedingungen für die nächsten Jahre. Die Antwort hierauf war eine Einladung des Vorsitzenden der Zimmermeistervereinigung zu einer Sitzung, in der dann unten stehender Tarif vereinbart wurde, der die Sanktion der beiden in Frage kommenden Organisationen fand. Anerkannt werden muß, daß auch die Meister sich bestrebt zeigten, durch Abschluß des Vertrages Ruhe im Zimmergewerbe für einige Jahre zu schaffen. Wir gehen wohl nicht fehl in der Annahme, daß ihr großes Entgegenkommen zum Teil zu- rückzuführen ist auf die nach dieser Richtung hin immerhin an- zuerkennenden Bestrebungen des deutschen Zimmermeisterbundes, zum anderen Teil aber auch auf die am 15. August für uns so günstig beendigte Aussperrung der Bauarbeiter im Mainzergebiet.

Arbeitsbedingungen für Zimmerleute, vereinbart zwischen dem Zentralverband der Zimmerer und her- wandten Berufsgenossen Deutschlands und der Vereinigung der Zimmermeister von Mainz und Umgebung.

Arbeitszeit.

1. Die Arbeitszeit beträgt zehn Stunden, von Morgens 6 Uhr bis Abends 6 Uhr mit den üblichen Pausen, zusammen zwei Stunden für Frühstück, Mittag und Vesper. Zur Winter- richtung sich die Arbeitszeit je nach der Tageshelle. Die Ein- teilung dieser Arbeitszeiten wird alljährlich von den Zentral- vorständen gemeinsam festgelegt und soll den Maurern gleich- gestellt sein.

2. Ueberstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit sind nur dann statthaft, wenn Menschenleben in Gefahr sind, schwere Schädigungen des Betriebes entstehen oder der öffentliche Ver- kehr gehemmt wird.

3. Als Ueberstunden sind solche zu betrachten, welche über die zehnstündige Arbeitszeit hinausgehen, in die Zeit von Morgens 5 bis 6 Uhr und Abends von 6 bis 8 Uhr fallen. Als Nachstunden gilt die Zeit von Abends 8 bis Morgens 5 Uhr.

4. An Samstagen findet der Schluß der Arbeitszeit unter Wegfall der Vesperpause um 5 Uhr und an den Tagen vor Oftern, Pfingsten und Weihnachten um 12 Uhr Mittags statt.

5. Montags beginnt die Arbeit Morgens 7 Uhr; den ört- lichen Kommissionen bleibt es vorbehalten, den Beginn der Arbeit auf 6 Uhr festzusetzen.

Arbeitslohn.

6. Der ortsübliche Stundenlohn beträgt:
Vom 1. März 1905 bis 31. Juli 1905..... 46 $\frac{1}{2}$
" 1. August 1905 bis Ende Februar 1906.... 48 "
" 1. März 1906 bis 31. März 1908..... 50 "

Für Jungesellen im ersten Gesellenjahre und für insolge ihres Alters oder ihrer Invalidität nicht voll leistungsfähige Gesellen kann ein geringerer Lohn vereinbart werden.

7. Bei Akkordarbeit wird kein höherer Lohn garantiert, als der zur Zeit festgesetzte ortsübliche Stundenlohn, und werden Abschlagszahlungen an den Lohntagen nur hiernach geleistet.

8. Für Ueberstunden wird ein Lohnzuschlag von 10 $\frac{1}{2}$ für die Stunde gezahlt, für Nachtarbeiter 50 pzt. und für Sonntagsarbeit ein Lohnzuschlag von 50 pzt. und Vergütung des Fahrgeldes. Der Lohnzuschlag bei Arbeiten in geschlossenen Räumlichkeiten und bei Landarbeiten unterliegt der freien Vereinbarung.

9. Der Lohn soll am Zahltag (Samstag) während der Arbeitszeit und vor 5 Uhr gezahlt werden. Wo nach Feier- abend auf Lohn gewartet werden muß, hat dies auf Kosten des Arbeitgebers zu geschehen. Die Lohnzahlungsperiode ist eine vierzehntägige, jedoch werden wöchentliche Abschlagszahlungen bis zu 80 pzt. des verdienten Wochenlohnes gewährt. Wöchentliche Lohnzahlung ist zulässig, die Auszahlung des Lohnes durch sogenannte Partieführer ist unzulässig.

10. Kündigungsfrist besteht nicht, das Arbeitsverhältnis kann jederzeit ohne Kündigung gelöst werden. Bei Auflösung des Arbeitsverhältnisses ist der verdiente Lohn ganz auszuzahlen und sind die im Besitz des Arbeitgebers befindlichen Papiere des Arbeitnehmers diesen auszuhändigen.

11. Jeder Geselle hat sein Handwerkzeug, wie Axt, Duntbart, Winkelzeilen, Klopfolz, Stenmeißen und Hammer, selbst zu stellen. Wird dieses Handwerkzeug von Seiten des Meisters gestellt, so ist eine Vergütung von 25 $\frac{1}{2}$ pro Woche zu zahlen.

Allgemeines.

12. Das Zusammenarbeiten von Arbeitern auf einer und derselben Arbeitsstelle darf weder von einer der in Betracht kommenden Organisationen, von den einzelnen Arbeitern, noch von den Arbeitgebern beanstandet werden.

13. Die Einstellung und Entlassung von Arbeitern steht im freien Ermessen des Arbeitgebers. Zugehörigkeit zu einer Organisation soll kein Grund zur Entlassung sein.

14. Die Vorstände der Organisation werden für beschäftigte Arbeiter während der Arbeitszeit keine Versammlung einberufen und abhalten. Jedoch soll den Organisationen gestattet sein, bis zu fünfmal im Jahre von der Vesperzeit an Versammlungen einzuberufen mit der Maßgabe, daß den Vorständen der Arbeit- geberverbände 8 Tage vor der Versammlung hiervon Mitteilung gemacht wird und die in Betracht kommenden Organisationen die Versammlung an demselben Tage abhalten.

15. Jegliche Agitation auf der Arbeitsstelle während der Arbeitszeit unterbleibt. (Rausen sind als Arbeitszeit nicht zu betrachten.) Der Zutritt zu den Arbeitsstellen ist anderen, als den dort beschäftigten Personen ohne Erlaubnis des Arbeit- gebers nicht gestattet.

16. Zur Regelung von Meinungsverschiedenheiten aus diesem Vertrage und von Meinungsverschiedenheiten über die Vorschriften für den Bauarbeiterschutz sind in den einzelnen Orten Kommissionen von je drei bis fünf Arbeitnehmern und von drei bis fünf Arbeitgebern einzusetzen, und zwar für Maurer und für Zimmerleute besonders. Die Kommissionen wählen aus ihrer Mitte je einen Arbeitgeber zum Vorsitzenden. Der Vorsitzende hat auf Antrag der Vertreter der Arbeitnehmer sowohl als der Vertreter der Arbeitgeber innerhalb vier Tage eine Sitzung einzuberufen. Die Zentralvorstände haben das Recht, zu den Sitzungen Vertreter zu entsenden, welche nur beratende Stimme haben.

17. Diese Arbeitsbedingungen, sowie die Aufstellung über die Einteilung der Arbeitszeiten und der Zahltage (siehe Ziffer 1) sind an den Arbeitsstellen auszuhängen.

18. Vorstehende Bestimmungen gelten vom Tage der Unter- zeichnung bis 31. März 1908.

Wird bis zum 31. Januar 1908 von keiner Seite ein Antrag auf Abänderung gestellt, so gelten diese Bestimmungen bis zum 31. März des nächsten Jahres und so fort bis eine ordnungsmäßige Kündigung spätestens am 31. Januar erfolgt. Mainz, den 29. November 1904.

Für die Vereinigung der Zimmermeister von Mainz u. Umgegend:
F. Benzly, H. Sperle, Ab. Kraus, Jaf. Fischer 11.

Für den Zentralvorstand des Zentralverbandes der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands:
Richard Bösch.

Für die Zahlstelle Mainz und Umgegend:
Fr. Hommel, R. Gräzner, B. Groß.

Mit Abschluß dieses Vertrages haben wir in allen für die Organisation bisher in Frage kommenden bedeutenden Orten in Hessen und Hessen-Rassau, mit Ausnahme von Wiesbaden, für die nächsten 2—3 Jahre Ruhe, die verbunden ist mit einer ganz erfreulichen Lohnaufbesserung. Von Wiesbaden nehmen wir an, daß sich die dortigen Kanalarbeiter ein Beispiel an Mainz, ihrer Nachbarstadt, nehmen und auch ihrerseits den Abschluß eines günstigen Vertrages anstreben. Natürlich muß auch dort die Organisation besser ausgebaut werden.

Abrechnung über den Streik der Zimmerer in Siegen
vom 16. Mai bis 15. Oktober 1904.

Aus der Zentralkasse.....	M. 12314,90
" Lokalkasse.....	239,41
" anderen Zahlstellen.....	100,—
Ertragsbeiträge der Mitglieder.....	702,13
Vom Gewerkschaftsamt.....	808,42
Summa.....	M. 13664,86

Ausgabe.

An Streifenunterstützungen	M. 13019,50
Reiseunterstützungen	310,20
Für Fernhaltung des Zugangs	108,75
„ Flugblätter und Annoncen	5,50
„ Porto und Schreibmaterial	22,91
An die Streifenleitung, Entschädigungen	198,—
Summa	M. 13664,86

Für die Nichtigkeit;

P. Gutscher. C. Babiße. G. Anders. G. Kleiniger.

Berichte aus den Zahlstellen.

Belgern. Am 27. November tagte unsere Versammlung. Gleich nach Gründung der Zahlstelle erhöhten zwei Unternehmer den Stundenlohn von 25 auf 26 M. Zimmerhin ist der Arbeitslohn hier so unzureichend, daß wir beabsichtigen, Forderungen zu stellen. Zur Aufstellung eines Tarifes wurden vier Kameraden gewählt, welche der Versammlung am 18. Dezember das Resultat ihrer Arbeit unterbreiten sollen. Da es hier und in der Umgegend noch mehrere Kameraden gibt, die unserem Verbande noch nicht angehören, sollen dieselben zukünftig mehr auf ihre Pflichten erinnert werden. Auch wurde auf die Streifbrotter verwiesen, welche unseren Mühlberger Kameraden in den Rücken gefallen sind.

Braunschweig. Am Sonntag, den 20. November, fand eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Der Kassierer verlas die Abrechnung vom 3. Quartal und die von unserem Vergütigen. Die Nichtigkeit beider wurde von den Revisoren bestätigt. Die Abrechnung vom Vergütigen wies ein kleines Defizit auf, das Vergütigen war nämlich von Seiten der Polizeibehörde aufgelöst worden. Kamerad Heinicke rügte die zu späte Einfindung der Abrechnung und wünscht, daß das nicht wieder vorkommt. Verügt wurde auch, daß der erste Schriftführer in mehreren Versammlungen fehlte.

Coswig. In unserer Versammlung am 26. November wurde beschlossen, den Winter über 10 M. Wochenbeitrag zu erheben. Drei Kameraden wurden gewählt, um mit den Meistern über unsere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verhandeln. Auch wurde die Vorstandswahl vorgenommen und die Kartelldelegierten ersatteten Bericht. Weil die Partei immer an dem betreffenden Abend, wo wir zusammenkommen, ihre Versammlung abhält, wurde beschlossen, unsere Versammlung auf Sonnabend nach dem 15. jeden Monats zu verlegen. Als Kandidat zur Generalversammlung wurde Kamerad Krause I. aufgestellt.

Dresden. Am 17. November tagte im „Trianon“ eine gut besuchte öffentliche Zimmererverversammlung. Nach Eröffnung derselben wurde das Andenken des verstorbenen Kameraden Stelzer in üblicher Weise geehrt. Ueber die Einführung der Arbeitslohnunterstützung referierte Kamerad Geck-Hamburg. (Siehe unter Verbandsnachrichten.) Die Abrechnung für das dritte Quartal verlas Kamerad Gansen, Einwendungen wurden nicht gemacht und wurde ihm einstimmig Entlastung erteilt. Unter „Gewerkschaftliches“ wurde bekannt gegeben, daß am 10. Dezember d. J. sämtliche Verbandsblätter zur Kontrolle abgegeben werden müssen. Den zugereisten, im Besitze der Reiselegitimation befindlichen Kameraden wird aus der Lokalkasse die Schlafmarke bewilligt. Auch wurde nochmals besonders auf die Bauarbeiterzuschüsse hingewiesen, etwaige Verstöße hiergegen sind sofort dem Vertrauensmann zu melden.

Feldberg i. M. In unserer Versammlung am 27. Novbr., wurde Kamerad Knaak-Neubrandenburg als Kandidat zur Generalversammlung aufgestellt.

Selbbergen. In unserer Versammlung am 27. Novbr., die sich mit der Arbeitslohnunterstützung beschäftigte (siehe unter Verbandsnachrichten), wurde auch beschlossen, im Winter einen Beitrag von 15 M. pro Woche zu leisten.

Lübz. Am 27. November tagte unsere Versammlung. Als Kandidat zur Generalversammlung wurde Kamerad Sternberg aufgestellt. Dann wurde die Vorstandswahl vorgenommen. Ueber die Lohnfrage konnte des schwachen Versammlungsbesuches wegen nicht verhandelt werden. Beschlossen wurde, den zweiten Band „Geschichte der deutschen Zimmererbewegung“ anzuschaffen.

Pyritz. Hier ist mit Hilfe eines Pastors Kreißel ein Lokalverein für Bauhandwerker zu stande gebracht worden, der sich gegen die Zentralverbände richtet. Nun wird besonders von einem Baugeschäftsinhaber Benkwitz mit Hochdruck darauf hingearbeitet, diesem Verein Mitglieder zuzuführen. Wer Zusprechen kommt, kriegt den Beschreib, er soll aus seinem Verbandsaus- und in den Lokalverein eintreten, wer das nicht tut, bekommt bei ihm keine Arbeit und wer nicht im Lokalverein bleibt, oder mit unserem Verbands sympathisiert, wird entlassen. In einer gut besuchten Versammlung am 20. November, kam die Angelegenheit zur Sprache. Die Handlungsweise wurde ganz entschieden verurteilt.

Schwiebus. Unsere Mitgliederversammlung am 26. November war nur schwach besucht. Als erster Punkt der Tagesordnung wurde die „Lohnfrage“ beraten. Der Vorstand war schon in einer früheren Versammlung beauftragt worden, einen Bahntarif auszuarbeiten, derselbe soll nun der nächsten Mitgliederversammlung zur Beschlußfassung vorgelegt werden. Ueber „Arbeitslohnunterstützung“ hielt Kamerad H. Knüpfer einen längeren Vortrag. (Siehe unter Verbandsnachrichten.) Ferner wurde beschlossen, den zweiten Band „Geschichte der deutschen Zimmererbewegung“ anzuschaffen. Desgleichen bei jeder wichtigen Mitgliederversammlung die Mitglieder per Karte einzuladen.

Wernigerode. Am 27. November tagte unsere Mitgliederversammlung. Nach einem Vortrag des Kameraden Magdeburg sollte über unseren Lohn- und Arbeitsvertrag verhandelt werden, die Sache wurde aber zurückgestellt. Die Abrechnung vom Herbstvergütigen wies ein Defizit von M. 25,20 auf. Für die Zahlstellenmitglieder, welche auf den Dörfern wohnen, wurden zwei Kolporteurs gewählt. Bekanntgegeben wurde, daß ein Zweifervergütigen im Kurhause stattfindet; das Arrangement wurde einer Kommission überwiesen. Zum Schluß gab Kamerad Bartels noch einige Aufklärungen, wie es mit Abrechnungen gehandhabt werden muß. Auch versprach er, über eine Meinungsverschiedenheit zwischen uns und dem Zahlstellenkassierer sich mit dem Zentralvorstande in Verbindung setzen zu wollen.

Wurzen. Eine gut besuchte Versammlung tagte am 22. November. Kamerad Laue sprach über den inneren Ausbau unserer Organisation und erzielte allgemeinen Beifall. Dann erstattete die Lohnkommission Bericht über den ausgearbeiteten Tarif-

entwurf für nächstes Jahr. Beschluß wurde noch nicht gefaßt; die Kameraden sollen durch Zirkular nach ihrer Meinung befragt werden. Ferner wurde die Abrechnung vom 3. Quartal verlesen.

Vermischtes.

Statistisches aus der Zahlstelle Hamburg und Umgegend. Am 6. November wurden von 1944 Mitgliedern 1821 nach ihrer Arbeitsgelegenheit im Oktober befragt. Hierbon sind 41 nicht im Beruf tätig; 1411 Personen waren wegen Mangels an Arbeit nicht außer Tätigkeit, während 369 Personen deswegen in 394 Fällen zusammen 3990 Tage arbeitslos waren. Außerdem mußten von den Befragten noch 54 Personen zusammen 905 Tage wegen Krankheit und 52 Personen zusammen 66 Tage 2 Stunden wegen Witterungseinflüsse feiern.

Die Feierfälle verteilen sich nach der Feierzeit folgendermaßen:

1 bis 6 Tage Feierzeit:	177 Fälle, zusammen 567½ Feiertage
1 " 12 " " "	87 " " 796½ " "
1 " 26 " " "	180 " " 2626 " "

1 bis 26 Tage Feierzeit: 394 Fälle, zusammen 3990 Feiertage

Auf die an der Arbeitslosigkeit beteiligten Personen verteilt sich die Feierzeit wie folgt:

1 bis 6 Tage Feierzeit:	148 Personen, zusammen 484½ Feiertage
1 " 12 " " "	88 " " 835 " "
1 " 26 " " "	133 " " 2670½ " "

1 bis 26 Tage Feierzeit: 369 Personen, zusammen 3990 Feiertage

Einen Vergleich des Resultats der Erhebungen im Oktober 1899, 1900, 1901, 1902 und 1903 mit vorstehendem Resultat gibt nachstehende Tabelle:

Jahr	Beitrag der Mitglieder	Befragt	Beitrag der nicht im Beruf Tätigen	Nicht gefeiert wegen Mangels an Arbeit	In Prozenten	Gefeiert wegen Mangels an Arbeit	Befragten Tage	Tage im Durchschnitt
1899..	1261	1188	—	895	78,60	292	2109	9,50
1900..	1313	1276	—	867	68,80	381	3712	11,20
1901..	1423	1381	—	1085	78,50	206	1818	8,82
1902..	1456	1390	—	1202	86,40	188	1852	8,41
1903..	1857	1755	—	1366	77,83	389	4274	10,98
1904..	1944	1821	41	1411	77,48	369	3990	10,81

Zahlstelle München. Resultat der Arbeitslosen-Zählung und Lohnerhebung vom 12. November 1904: Befragt wurden 675 Mitglieder. Davon waren in Arbeit 569, krank 29, arbeitslos wegen Witterungsverhältnisse 2 und wegen Arbeitsmangels 75 Mitglieder. Im ganzen waren also 106 Arbeitslose zu verzeichnen oder 15,7 pZt. gegen 14,7 pZt. im November 1903. Im Oktober 1904 hatten wir 19,4 pZt. Arbeitslose. Es war demnach die Arbeitsgelegenheit im November besser als im Oktober.

Die Frage nach der Lohnhöhe haben 680 Mitglieder beantwortet; diese erhalten folgende Höhe:

1.....	33 M.	3.....	44 M.	2.....	52 M.
1.....	34 " "	119.....	45 " "	1.....	54 " "
1.....	36 " "	83.....	46 " "	11.....	55 " "
6.....	40 " "	82.....	47 " "	2.....	58 " "
3.....	42 " "	173.....	48 " "	5.....	60 " "
3.....	43 " "	83.....	50 " "		

Der Durchschnittslohn ist demnach 47,3 M. Der Lohn ist auch diesmal derselbe wie seit Juli 1904. Die Hauptlohnklassen sind von 45 bis inklusive 50 M., und wir kommen heute wieder zu derselben Schlussfolgerung, wie bei der Zählung im September 1904.



Baugewerbliches.

Risiko der Bauarbeiter. An dem Neubau einer katholischen Kirche in Mülheim a. d. Ruhr stürzte am 28. November d. J. der 19jährige Zimmerer Jakob Schnitzler, gebürtig aus dem Württembergischen, vom Dache ab. Schwer verletzt wurde er in ein Krankenhaus gebracht, wo er bald nach der Entlassung seinen Geist aufgab.

In der Gemeinde Gutzrunn bei Gablonz wurden in einem Neubau der Besitzer Scholz, ein Zimmermann und ein Maurer tot aufgefunden. Die drei Männer hatten bis spät Nachts auf dem Neubau gearbeitet und sich dann dort zur Ruhe begeben. Zur Austrocknung des Gebäudes waren Koksöfen verwendet worden, deren austretende Gase den Tod der drei Männer herbeiführten.

Der Zimmerer Karl Pant in Königs-Wusterhausen wollte per Bahn zur Arbeitsstelle fahren, hatte sich aber etwas verspätet. Er kam erst auf dem Bahnhof an, als sich der Zug schon in Bewegung setzte, versuchte aber dennoch, auf das Trittbrett des letzten Wagens zu springen. Er trat jedoch fehl und fiel so unglücklich, daß der Schlußwagen über seinen Unterleib hinwegging. P. starb auf der Stelle.

Ein schwerer Baumfall ereignete sich auf einem Neubau des Reuterplatzes und der Nanfenstraße in Rixdorf. Der Zimmermann Falke war im Begriff, einen schweren Balken anzuhängen, als plötzlich das Brett, auf welchem er stand, brach und P. mit dem Kopf gegen die Mauer stürzte, während der Balken auf seine Beine fiel. Ein hinzugerufener Arzt leistete dem Verunglückten die erste Hilfe und ordnete dessen Ueberführung nach dem städtischen Krankenhause an. Sein Aufkommen ist sehr zweifelhaft.

Ein schwerer Unfall, welcher auch nur der mangelhaften Abdeckung geschuldet ist, ereignete sich in Daffow in Cecilbg. Von dem Dache eines Neubaus am Bahnhofsplatz fiel der Dache eines Zimmerers herab und traf einen unten stehenden Bahnarbeiter mit der Schneide auf den Kopf, so daß der Bahnarbeiter eine lebensgefährliche Wunde davontrug.

Der Zimmermeister M. Hermann, Gärtnerstraße 128 zu Hamburg wohnhaft, stürzte aus der fünften Etage seines in Darmbeid gelegenen Neubaus in den Keller und

fiel vor die Füße seines auf dem Bau als Zimmergeselle beschäftigten Sohnes. Man fuhr den Verunglückten in das Eppendorfer Krankenhaus, wo er seinen Verletzungen erliegen ist.

Die „Ostfriesische Zeitung“ in Emden berichtet aus Efen: Die Familie eines sehr fleißigen, tüchtigen und nüchternen hiesigen Zimmermanns ist durch die vollständige Erblindung ihres Ernährers in tiefe Trauer und bittere Not veretzt. Durch eine Star Krankheit ist er trotz aller Künste und Voricht der Ärzte vollständig erblindet. Leider ist er, da er selbständig bei den Bürgern der Stadt Efen herumarbeitete, in keiner Versicherung.

Die Bevorzugung ausländischer Arbeiter. Warum die Unternehmer des Baugewerbes ausländische Arbeiter in so großer Zahl beschäftigen, das hat in Chemnitz gelegentlich einer Schiedsgerichtsverhandlung der Vertreter der Tiefbauberufsgenossenschaft mit anerkennender Offenheit ausgesprochen. Eben war eine Verhandlung bezüglich der Berufung eines böhmischen Arbeiters beendet, der nicht deutsch verstand; ein Dolmetscher war deshalb zugezogen. Da warf der Vorsitzende dem Vertreter der Berufsgenossenschaft gegenüber die Frage auf, ob die Berufsgenossenschaft nicht auf ihre Mitglieder einwirken könne, daß diese weniger ausländische Arbeiter einstelle? Ein Arbeitgeberbeisitzer sagte sofort: „Die hiesigen Arbeiter wollen doch gar nicht arbeiten; die streiken doch egal!“ Und der Vertreter der genannten Berufsgenossenschaft führte aus: „Gelernte Arbeiter gehen hier nicht zum Tiefbau und mit den sonstigen Gelegenheitsarbeitern ist nicht viel anzufangen. Diese stehen bezüglich Ausbildung und Leistung hinter den ausländischen Arbeitern zurück. Von den Maurern kann das zwar im allgemeinen nicht behauptet werden. Aber hier bedeuten die Ausländer ein Gegengewicht gegenüber den Bestrebungen der hiesigen Maurer, denen sonst die Unternehmer völlig ausgeliefert wären. Die einheimischen Arbeiter nützen jede Gelegenheit aus, die ihnen günstig erscheint, um durch ArbeitsEinstellung ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern. Da ist es ein großer Vorteil für die Unternehmer, wenn sie den Arbeitern sagen können: Wenn Ihr zu den alten Bedingungen nicht weiter arbeiten wollt, lassen wir noch einen Trupp Ausländer kommen, die dann Eure Arbeitsplätze einnehmen.“ Das ist der Arbeiterschaft schon längst bekannt, daß die Unternehmerschaft die ausländischen Arbeiter deshalb herbeiholt, um der organisierten Arbeiterschaft ein Paroli zu bieten; am liebsten werden die ausländischen Arbeiter als Lohnbrüder benutzt. Das geht nur nicht mehr so leicht wie früher, weil auch unter den ausländischen Arbeitern der Organisationsgedanke Eingang gefunden hat. Die Arbeiter aber mögen sich diese Offenheiten der Unternehmer merken.

Aus den Unternehmerorganisationen.

Ueber die Bauarbeiterausperrung durch den Mitteldeutschen Arbeitgeberverband für das Baugewerbe mit dem Sitz in Frankfurt a. M. im Sommer 1904 hat der Verbandsvorsitzende, Herr K. Lüscher, der „Baugewerkszeitung“ einen Bericht übermittelt. Genanntes Blatt veröffentlicht in seiner Nr. 97 vom 3. Dezember diesen Bericht, der in vielen Beziehungen das genaue Gegenteil von einer objektiven Darstellung bildet. Wir können mit einer ansehnlichen Reihe Zitate aus dem stenographischen Protokoll über die Einigungsverhandlungen die Haltlosigkeit des fraglichen Berichtes dartun; allein wir halten eine umfangreiche Auseinandersetzung nicht am Platze, weil unsere Leser die Publikationen der „Baugewerkszeitung“ und die Schreibweise des Herrn Lüscher auch ohnehin zu würdigen wissen. Ein Geständnis desselben möchten wir uns aber doch nicht entgehen lassen. Er schreibt nämlich, ohne die Ausperrung „wäre in diesem Jahre der Auseinanderfall des Mitteldeutschen Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe unaufhaltsam gewesen“. Einen besseren Beweis kann man kaum für die Tatsache erbringen, daß die Scharfmacher Kämpfe provozieren, um die Klassengegensätze zu verschärfen.

Herr Lüscher gefällt sich auch sonst in Scharfmacherphrasen. Die Art, wie die Arbeiter und deren Anführer den Kampf führten — schreibt er — ließ neben einer gewissen Schärfe auch Gewalttätigkeiten, Drohungen und Beleidigungen Platz greifen.“ In der „Baugewerkszeitung“ und sonstigen Scharfmacherorganen braucht man, wie unsere Leser und alle anständigen Leute wissen, solche Behauptungen nicht zu beweisen, da werden sie skrupellos abgedruckt. Herr Lüscher schreibt aber auch: „Der Vorsitzende des Mitteldeutschen Verbandes — das ist nämlich Lüscher selbst — wurde in einem Briefe mit Totschlag bedroht, wenn er die Forderungen der Arbeiter nicht voll und ganz bewilligte.“ In seinem Geschreibsel gibt er dieser Behauptung einen Platz, wo sie den Anschein gewinnt, als ob der Brief von den ausgesperrten Arbeitern oder deren Anführer geschrieben wäre. Auf eine Verleumdung mehr oder weniger kommt es ja nicht an! Nun ist aber noch ein jeder, der den Inhalt jenes Briefes kennt, zu dem Verdacht gekommen, daß Lüscher den Brief selbst verfaßt oder ihn irgendwo bestellt hat. Das ist ihm auch schon vorgehalten worden, und er weiß, daß die Polizei in Frankfurt, der dieses Machwerk schon in den ersten Tagen der Ausperrung vorlag, der Sache gar keine Beachtung geschenkt hat, weil sie eben gar zu bumm inszeniert war. Schab nichts, für die „Baugewerkszeitung“ und ähnliche Blätter ist solches Futter gut genug.

Am Schluß leitet sich Herr Lüscher dann diesen Erguß: „Nicht wollen wir unseren Bericht schließen, ohne noch der Presse Erwägung getan zu haben, voran der sozialdemokratischen, die während der Ausperrung in Verdringung der Tatsachen, sowie in Osz- und Schimpfartikeln das Menschmögliche leistete, so daß die Herren Vorkände der Arbeiterorganisationen selbst der Meinung wurden, es wäre besser, während der Verhandlungen der Presse keinerlei Nachrichten mehr zukommen zu lassen. Aber auch bürgerliche Blätter, insbesondere die stolze Frankfurterin, zerrien die Ausperrung, da sie von den Unternehmern ausging, in das schwärzeste Licht, wohl nur zum Zweck, sich bei unseren Gegnern Liebfind zu machen und ihren ganzen sozialpolitischen Wissensschatz einmal ausgießen zu können.“

Daß sich Herr Lüscher über die Presse ärgert, ist ganz erklärlich, denn sie hat sich von ihm erfreulicher Weise nicht mißbrauchen lassen, sondern ihm immer die Wahrheit gesagt, und die mag der Herr nicht betragen können. Wenn er aber „die Herren Vorkände der Arbeitgeber-Organisationen“ als Eides-

helfer für seine Entstellung heranzuziehen sucht, dann muß das bei jedem, der das Verhandlungsprotokoll kennt, ein mitleidiges Lächeln erwecken. Die Verhandlungskommission der Arbeiter hat nämlich nur deshalb der Presse seine Mitteilungen über den Gang der Verhandlungen gemacht, um die Herren Arbeitgeber nicht zu krompromittieren und um die Schwierigkeiten, die sich besonders Herr Lüscher bereitete hatte, nicht noch zu vermehren. Das weiß Herr Lüscher auch selbst sehr gut; sollte er es aber nicht mehr wissen, dann wollen wir ihn nur an die Ausführungen des Herrn Hauswald in Mainz erinnern, welche dieser am letzten Tage der Verhandlungen machte. Vielleicht liebt Herr Lüscher dieselben einmal nach und berichtigt dann seinen Unfuss.

Das Scharfmachertum in den Unterweserorten an der Arbeit. Uns wird das nachstehende Schreiben übermittelt:

Bremerhaven, den 17. November 1904.

An die Herren Maurer- und Zimmermeister!
Die vormalig streikenden Gesellen und Arbeiter sind nach bestimmten Anzeichen schon wieder auf dem Wege, ihre vermeintlichen Rechte an sich zu reißen und die vom Arbeitgeberverband beschlossenen Vorschriften zu umgehen. So ist zum Beispiel an einem Bau der Versuch gemacht, die Verbandsbücher zu revidieren, während an anderen Bauten wiederholt Bedrohungen von Arbeitswilligen vorkamen.

Wir setzen Sie hiermit mit der dringenden Bitte in Kenntnis, auf Ihren Arbeitsstellen scharf Kontrolle auszuführen, um jeden einzelnen, welcher ihren Anordnungen und den Vorschriften des Arbeitgeberverbandes zuwiderhandelt, unachtsamlich zu entlassen und unter Schilderung des Falles unserem Bureau namhaft zu machen.

Hochachtungsvoll und ergebenst

Der Vorstand des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe.

F. A.: Stüber, Geschäftsführer.

Diese Praxis erscheint zwar sehr hart und sie mag manchen schwer treffen, allein sie wird, wie wir hoffen, den Klassenhaß nicht einschleifen lassen, sondern mächtig anfeuern. In dieser Beziehung hat das Scharfmachertum noch immer die größten Erfolge erzielt. Unsere Kameraden in den Unterweserorten werden bei einer solchen Praxis aber nur um so mehr der Hoffnung leben: „Es kommt ein Tag, da rechnen wir!“

Sozialpolitisches.

S. R. Die wirtschaftliche Lage in Deutschland. Eine politisch und wirtschaftlich bewegte Zeit in Deutschland wie im Auslande, im Reich wie in den Einzelstaaten! Das Deutsche Reich steht vor schweren Entscheidungen. Graf Posadowski ist ohne Handelsvertrag aus Wien heimgekehrt. Infolge des österröschischen „Zwischenfalls“ wird der Reichstag, der am 29. v. M. wieder zusammengetreten ist, sich nur mit einem Teil der ablaufenden Handelsverträge zu befassen haben. Trotzdem bleibt sein Arbeitsfeld groß genug und beansprucht jedenfalls eine größere Arbeitsfreudigkeit von den Volksvertretern, als sie schon der zweite und dritte Sitzungstag gebracht haben, wo einige Abgeordnete vor nahezu leeren Bänken sprachen. Mit die sorgfältigste Bearbeitung erfordert der Reichshaushalt beziehungsweise die Lage der Reichsfinanzen. Auch im Etat für 1905 fehlt an allen Ecken, auch hier kehrt die seit einigen Jahren leider regelmäßige Zuschußanleihe für ordentliche Ausgaben wieder. Die Reichsschuld wächst unaufhaltsam fort, die Defizitwirtschaft wird mehr und mehr zu einer chronischen. Niemand mehr vermag sich der Einsicht zu verschließen, daß die Einnahmen zur Deckung der Ausgaben, die übrigens beständig wachsen, nicht mehr zureichen. Die Regierung zögert, neue Steuervorschläge einzubringen, der Reichstag bewilligt neue Ausgaben, aber auch er schafft keine neuen Einnahmen, immer tiefer verfinstert der Reichsfinanzstern im Sumpf. Wie steht es auf dem Gebiete der Sozialpolitik? Auch da bleibt die Regierung die Antwort schuldig. Im Reichsamt des Innern ist ein Gesetzentwurf über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine ausgearbeitet worden, es laufen ferner Verhandlungen über die Arbeitskammer, endlich ist in den Vorarbeiten für eine gründliche Reform der Krankenversicherung fortgeschritten worden. Was aber davon im Laufe der nächsten Monate an den Reichstag kommt, darüber besteht selbst in den leitenden Kreisen der Regierung zur Stunde kein fester Plan. Eine solche Unschlüssigkeit dient nicht dazu, das Fortschreiten der sozialpolitischen Gesetzgebung zu fördern. In Preußen dreht sich alles Interesse um die Hibernia-Affäre. Die Regierung hat dem Abgeordnetenhaus die Vorlage gemacht, die von der Dresdener Bank gekauften 27 Millionen Hibernia-Aktien zu übernehmen. Das Abgeordnetenhaus wird diese Vorlage annehmen, mit Mühen bedeckt aber wird die Regierung keinesfalls aus ihrem Anlauf zur Bergwerksverstaatlichung herabgehen. Der Plan, einen Einfluß auf das Kohlenyndikat und damit auf die Preisfestsetzung zu gewinnen, ist vollständig gescheitert. Mit den 27 Millionen Hibernia-Aktien gewinnt die Regierung nicht einmal die Majorität in der Hibernia-Gesellschaft, geschweige denn irgend einen Einfluß auf das Syndikat und seine Politik. Inzwischen verschlechtern sich die Verhältnisse im Kohlenbau des Ruhrreviers fortgesetzt. Infolge des geringen Abzuges an Brennstoffen, der an die schlechtesten Zeiten von 1902 erinnert, wird die Belegschaftsziffer der einzelnen Becken fortgesetzt eingeschränkt, die Feierschichten der Bergleute wachsen, Tausende werden entlassen, weitere Entlassungen stehen bevor. Eine tiefe Gärung herrscht unter den Bergleuten im Ruhrrevier.

Die Sozialpolitik des Auslandes. In Oesterreich ist das Bild nicht erfreulicher. Der Nationalitätenhader rüttelt hier immer gewalttätiger an den Grundpfeilern des Staatsgebäudes, alles Interesse konzentriert sich in erster Linie darauf, hier wieder zusammenzuflicken und aufzurichten. Allerdings hat der Ministerpräsident neuerdings wieder die Einführung der Alters- und Invalidenversicherung in Aussicht gestellt und die einheitliche Ausgestaltung der gesamten Arbeiterversicherung gegen Unfall, Krankheit, Altersnot und Gebrechlichkeit auf der Grundlage der Bezirkskrankenstellen versprochen, aber diese Versprechungen sind seit Jahren regelmäßig wiedergekehrt, ohne daß es zu ihrer Verwirklichung gekommen wäre. Man wird auch den neuen Plänen zunächst skeptisch gegenüberstehen müssen. Auch der österröschische Arbeitsbeirat ist nach langer Pause wieder einmal zu einer Sitzung zusammengetreten. Den ganzen Inhalt seiner Verhandlungen bildete eine Debatte über seine Kompetenzen

gegenüber dem Industriearbeiter, zu positiver Arbeit kam es auch hier nicht. In Ungarn arbeitet man dem österröschischen Vorbild mit Erfolg nach. Während der sozialpolitische Fortschritt stockt, sucht die Regierung den Arbeitern ihre spärlichen Rechte zu kürzen. Ein Erlass des Ministerpräsidenten, der sich gegen die „Ausbreitungen“ der organisierten Arbeiter „im Interesse der Freiheit der Arbeit und des sozialen Friedens“ wendet, sucht einem Vorstoß gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter ein Mäntelchen anzuhängen.

In Frankreich hat die Opposition verschiedentlich gegen das Ministerium Combes Sturm gelaufen; Kriegsminister André ist dem Sturm zum Opfer gefallen, das Ministerium aber steht fester als je. Verteilung, der neue Kriegsminister, hat seine Amtstätigkeit mit einem Erlass an die Korpskommandeure eingeleitet, alle Schwindjuchtsverdächtigen Soldaten zu entlassen. In der Kammer wird Finanzminister Rouvier in diesen Tagen seinen Einkommensteuergesetzentwurf zu vertreten haben, der in der Kammer manche Umgestaltung erfahren wird. Der französisch-italienische Arbeitsvertrag hat nunmehr von beiden Staaten seine gesetzliche Ratifikation erhalten. Für die Bergwerke hat der Senat den Achtstundentag, wenn auch nicht in der weitgehenden Fassung des Kammervorschlages, bewilligt. Der Conseil superieur du travail hat die Forderung eines wöchentlichen Ruhetages in Frankreich einstimmig gutgeheißen und die gesetzliche Festlegung dieses Ruhetages vorgeschlagen. Auch ein Gesetzentwurf auf Einführung einer gesetzlichen Arbeitslosenunterstützung ist von dem Conseil bereits ausgearbeitet worden.

Aus der Schweiz liegt wieder eine Fülle sozialpolitischer Pläne und Entwürfe vor. Der Bundesrat hat sich für die Schaffung einer Kranken-, Unfall-, Invaliden-, Alters- und Hinterbliebenenversicherung ausgesprochen, sich zur Einführung einer Arbeitslosenunterstützung zustimmend geäußert und die gesonderte Regelung des Arbeitsnachweises in Aussicht genommen. Ferner sind die Formulare für die eidgenössische Betriebs- und Gewerbebezahlung, die für den 5. Juli 1905 festgesetzt ist, fertiggestellt worden. Aus den Einzelkantonen sei nur einiges kurz herabgehoben. In St. Gallen wird von der staatswirtschaftlichen Kommission des großen Rates ein Gesetz zur Bekämpfung der Tuberkulose gefordert. Die Regierung hat dem großen Rat ein Gesetz über die Reform der Bezirksgefängnisse vorgelegt; eine Volksversammlung beschloß, die Beseitigung der Todesstrafe im St. Gallener Strafrecht zu verlangen. In Basel-Land ist die Einführung einer Erbschaftsteuer in Aussicht genommen. In Basel-Stadt ein Vorgehen gegen schwindelhafte Wauspekulationen beschlossen worden. In Bern und Luzern ist man mit der Frage der Einführung von Handelsgerichten beschäftigt. In Bern ist eine Neuordnung des Verfahrens bei öffentlichen Wahlen insbesondere durch Einführung von Stimmtuberts in Aussicht genommen.

In Rußland führt die Kriegsnot wieder einmal zu Reformplänen, die diesmal eine bestimmtere Form anzunehmen scheinen. Die „Semstwo“, d. h. die Landtagsvertreter, sind einberufen worden und tagen im Winterpalast unter den Augen des Zaren. Der Minister des Innern soll nach Pariser Nachrichten einen Plan entworfen haben, der das ganze russische Reich in 16 Distrikte teilt, von denen jeder einen Vertreter erwählt, die zusammen einen Rat ernennen, dem das Recht zusteht, die Wünsche jeder Provinz zur Geltung zu bringen.

Gewerkchaftliche Rundschau.

Wie die Hamburger Voger die Geschäfte des Ausbeutertums besorgen. Es ist schon wiederholt darauf hingewiesen, daß die Voger-Führer die Taktik befolgen, in der bürgerlichen Presse den Innungsmeistern und sonstigen Scharfmachern zu schmeicheln und in der politischen Arbeiterpresse sich radikal zu gebärden. Das „Hamburger Echo“ zeigt sich nun aber doch nicht so willfährig, wie die Voger-Führer wünschen, und dagegen wollten sie eine Protestversammlung in Szene setzen. Das Gelingen derselben hätte sie in der Achtung des Ausbeutertums sicherlich steigen lassen. Es kam aber anders. Zum 30. November hatten die Voger-Führer eine „Protestversammlung“ einberufen und sich dazu komischer Weise den Berliner Rater verschrieben. Die Versammlung war von etwa 2500 Personen besucht und bestand zumeist aus solchen Teilnehmern, die einmal gegen die Quertreibereien der Schnack und Konforten tatkräftigen Protest einlegen wollten. Ueber das weitere berichtet das „Hamburger Echo“:

Am Vorabendstisch nahmen Platz die Leiter der lokalen Verbände. Als Zimmerer Schnack dem Referenten das Wort erteilte, wurde stürmisch Bureauwahl verlangt, zumal Schnack mehrere diesbezügliche schriftlich eingereichte Anträge zur Geschäftsordnung unberücksichtigt gelassen und den betreffenden Antragstellern nicht das Wort erteilt hatte. Ein ebenfalls schriftlich eingebrachter Antrag des Genossen Hense verlangte die Absehung des ersten Punktes und Ueberweisung desselben zur Erledigung an die Parteigenossen von Hamburg und Umgegend. Schnack erklärte sich wohl bereit, über diesen Antrag abstimmen zu lassen, verweigerte aber nach wie vor die Vornahme der Bureauwahl, so daß die Versammlung einen lebhaften Charakter annahm, und als Schnack die positive Erklärung abgab, daß seine Kollegen am Vorabendstisch nicht bereit seien, das Bureau aus den Händen zu geben, wurde die Versammlung so unruhig, daß der überwachende Polizeibeamte Schnack aufforderte, die Versammlung zu schließen. Als diese für geschlossen erklärt wurde, entfernten sich die Anwesenden unter lautem Protest.

Derselbe Schnack, der in Hamburg mit Hilfe der Polizei im Interesse des Ausbeutertums eine große Versammlung veranstaltete, hat jüngst den Berliner Lokalfisten vorgelegen, er und die übrigen Voger seien aus dem Zentralverbande ausgetreten, weil sie die Diktatur, die angeblich darin geübt werde, nicht ertragen könnten. Ohne Umdrehung von Tafeln können Vertreter nun einmal nicht auskommen und wenn ein solcher seinesgleichen Wind vornimmt, so geht uns das vorbei. Aber die Schnackschen Lügen sind in Form eines Versammlungsberichts auch in den „Vorwärts“ lanciert und werden hysterisch kolportiert. Das ist bedauerlich; allein man nennt das „Unterstützung der Gewerkschaftsbewegung durch die Parteipresse.“

Für das Ausbeutertum ist dieser „Genosse“ Schnack ein Patentkerl.

Eine recht erfreuliche Entwicklung hat der Metallarbeiterverband zu verzeichnen. Die Auflage der „Metallarbeiter-

zeitung“ beträgt zur Zeit 201 300. Außerdem werden die nachstehenden zwei Tabellen bekannt.

Mitgliederzahl, Einnahmen und Ausgaben:

Jahr	Mittelliederzahl		Einnahmen		Ausgaben		Mehrbetrag an Einnahmen (+) Ausgaben (-)	
	männl.	weib.	M.	W.	M.	W.	M.	W.
1891	22875	330	57444	83	46643	63	+ 10801	20
1892	25956	152	154481	59	150945	42	+ 3536	17
1893	28260	169	182735	93	171941	98	+ 10793	95
1894	33128	278	229444	27	218154	06	+ 11290	21
1895	31607	1582	243841	25	241319	68	+ 2521	57
1896	48376	1578	312437	93	287718	66	+ 24719	27
1897	58610	1280	486756	64	374127	78	+ 112628	88
1898	74160	1271	594983	27	379913	86	+ 215069	41
1899	82812	2202	896685	35	902897	70	- 6212	35
1900	98069	2693	1193230	92	1006776	52	+ 186454	40
1901	100445	2460	1309392	90	1202407	17	+ 106985	73
1902	125389	3453	1567433	67	1543083	24	+ 24350	43
1903	154879	5256	2814807	57	2615851	20	+ 200956	37
Gesamt	160135		10043676	12	9139780	88	+ 903895	94

Leistungen an die Mitglieder:

Jahr	Netto-gehalt	Arbeitslosenunterstützung	Notlageunterstützung	Rechts-schutz		Streiks		Verbandsorgan				
				M.	W.	M.	W.					
1891	14729	57	—	1150	20	235	38	1342	67	6270	84	
1892	14717	03	—	3796	—	1511	17	1668	—	3133	81	
1893	47642	80	—	4094	—	956	15	1682	—	37276	70	
1894	66643	70	—	5432	—	2145	82	26169	87	38878	38	
1895	49092	22	—	7660	65	2194	54	36577	26	41623	88	
1896	23473	90	—	9129	73	2093	04	102125	61	46928	99	
1897	21965	46	—	11230	86	4064	84	110966	44	58634	43	
1898	27340	52	—	18603	01	7433	72	70407	74	73654	05	
1899	38828	77	—	23731	—	5223	30	444345	17	72694	65	
1900	69191	63	50577	27	31622	39	6329	58	342075	56	78329	80
1901	108095	19	811940	07	56685	58	12354	73	200181	09	89182	14
1902	135228	24	386034	12	66344	27	12403	43	420050	01	94250	31
1903	146773	14	329859	59	84060	19	45474	12	1410313	97	133867	—
Gesamt	798850	17	1058419	05	321319	88	102419	92	3188505	39	802983	88

Allerdings muß man hierbei berücksichtigen, daß die Zahl der Metallarbeiter, deren Interessen der Metallarbeiterverband vertreten will, sehr groß ist. Sie dürfte etwa fünf bis sechs mal so groß sein als die Zahl der Verbandsmitglieder. Außerdem gehören die Metall verarbeitenden Industrien zu jenen, die sich fortgesetzt rapide entwickeln. Immerhin, der Metallarbeiterverband ist die umfangreichste Gewerkschaft in Deutschland und wir haben den aufrichtigen Wunsch, daß sie auch bald die stärkste wird. Das ist sie leider noch lange nicht. Ihr Einfluß auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen steht bedauerlicherweise im umgekehrten Verhältnis zu ihrem Aufstiege.

Zur Verbeiführung allgemeiner gültiger Tarifverträge im deutschen Schuhmachergerwerbe soll in der nächsten Zeit in eine rege Agitation eingetreten werden. Der Verband der deutschen Schuhmacher hat jetzt einen Tarifvertragsentwurf ausgearbeitet, der in allen Zählstellen des Verbandes zur Beratung gestellt wird, um den Arbeitgebern unterbreitet zu werden. Je nach der Größenklasse der Städte sieht der Entwurf drei Klassen der Lohn- und Arbeitszeitfestsetzung vor. In den Orten bis zu 25 000 Einwohnern soll die Arbeitszeit betragen 10 Stunden, in den Orten von 25 000 bis 50 000 Einwohnern 9½ Stunden und in Orten über 50 000 Einwohnern 9 Stunden. Als Minimallohn pro Woche wird verlangt in der ersten Klasse M. 12 für Arbeiter und M. 11 für Arbeiterinnen, in der zweiten Klasse M. 21 und M. 13, in der dritten Klasse M. 24 und M. 15. Bei Akkordentlohnung wird Garantierung des Minimalwochenlohnes für die jeweilige Ortsklasse verlangt. Ueberstunden sollen bezahlt werden bei Zeitlohn mit 45, 50 und 55 % pro Stunde, bei Akkordentlohnung mit einem Zuschlag von 20 % pro Stunde für Arbeiter und von 15 % pro Stunde für Arbeiterinnen in allen Ortsklassen. Die Kündigungsfrist soll überall 14 Tage betragen. Soweit die Heimarbeit fortbestehen bleibt, wird ein Zuschlag von M. 1 in der ersten, M. 1,50 in der zweiten und M. 3 in der dritten Klasse gefordert.

Tarifvereinbarungen in Essen a. d. Ruhr. Der Oberbürgermeister Zweigert in Essen hat sich im Anfang dieses Jahres den ganz besonderen Zorn der Unternehmer zugezogen, weil er den Leitern der Organisationen der Arbeiter wie der Unternehmer den Vorschlag machte, unter seinem Vorstich zu gemeinsamen Beratungen zwecks Festlegung der Arbeitsbedingungen zusammenzutreten. Trotzdem konnte aber doch nach Ueberwindung etlicher Schwierigkeiten in voriger Woche die erste beratende Zusammenkunft stattfinden. Es wird über deren Ausgang dem in Essen erscheinenden Parteiblatt berichtet: Vertreter der Bauunternehmer, sowie der Bauhilfsarbeiter traten zusammen. Die Arbeiter forderten Lohnerhöhung, die Unternehmer wollten die Nachfrage aufrollen und forderten Einführung der Akkordmaurererei. Die Vertreter der Arbeiter ließen sich durchaus nicht einschüchtern und wiesen an der Hand der tatsächlichen Verhältnisse, die von Herrn Zweigert auch als besserungsbedürftig anerkannt wurden, die Berechtigung ihrer Forderung nach. Unter der geschickten Leitung des Herrn Zweigert nahmen die Verhandlungen trotz der scharfen gegensätzlichen Ansichten und Forderungen einen für die Arbeiter ersprechlichen Ausgang. Die Stundenlöhne wurden erhöht: für Maurer von 50 auf 52 % und für Bauhilfsarbeiter von 38 auf 42 %. Ohne die Vermittlung des Herrn Zweigert wäre es im nächsten Frühjahr wahrscheinlich zu wirtschaftlichen Kämpfen gekommen. Die Vertreter der anderen Berufe werden demnächst ebenfalls zusammenzutreten und die Arbeitsverhältnisse regeln. — Eine ganz gesunde Einrichtung.

Christliche Tarifkontrahenten sind die Buchdrucker. Das beweist eine Resolution, die die vor kurzem in Berlin tagende Gewerkschaftskonferenz des Buchdruckerverbandes annahm. Die „Berliner Volkszeitung“ berichtet darüber: Danach hätten in Berlin Mitglieder des Buchdruckerverbandes „statt in bestimmten Fällen die Tariffchiedsgerichte anzurufen oder den Ausgang einer erhobenen Klage abzuwarten, vielsach unter Tarifbruch zur Selbsthilfe durch plötzliches Niederlegen der Arbeit gegriffen“. Auf der Gewerkschaftskonferenz gab sich ein allgemeiner Unwille darüber kund, daß man die Tarifgemeinschaft

mit der der Verband ein gutes Stück vorwärts gekommen sei, so gering achte. Man müsse die eingegangenen Verpflichtungen streng innehalten; wären alle Instanzen und friedlichen Mittel erschöpft, so bleibe ja immer noch als ultima ratio der Streik. Mit allen gegen zwei Stimmen (der hannoversche Vertreter Klapproth stimmte dagegen, weil ihm die Resolution zu matt war) gelangte folgender Antrag zur Annahme:

„Die Gauvorsteher und Gehülfsvertreter halten in Rücksicht auf die in Berlin geschaffenen Verhältnisse die durch den Verbandsvorstand berufene Konferenz für dringend geboten, um die nothwendige Klärung herbeizuführen. Sie erkennen an, daß die Tarifinstitutionen ihre Entscheidungen auf Grund der bestehenden Beschlüsse gefaßt haben und erwarten, daß der Berliner Gauvorstand bei den Mitgliedern des Gaus mit aller Energie dahin wirken wird, daß bei allen Differenzen die gemeinsam beschlossenen Gesetze respektiert werden.“

Von den Unternehmern läßt sich vielfach eine gleiche Tarifstrenge nicht immer konstatieren, obgleich diese die Vorbedingung einer länger andauernden Tarifgemeinschaft ist.

Der deutsche Holzarbeiterverband nimmt eine organisatorische Aenderung vor. Bisher war dieser Verband in 16 Agitationsbezirke (Gaue) geteilt, denen je ein Gauvorsteher vorstand. Von diesen Gauvorstehern waren 10 voll besetzt. Vom 1. Januar ab wird die Zahl der Gaue auf 15 reduziert, sämtliche Gauvorsteher werden aber vom gleichen Zeitpunkt ab voll besetzt werden.

Die Scharmacher in der Berliner Holzindustrie gehen mit dem Plane um, die Kasse des Holzarbeiterverbandes zu sprengen. Zu diesem Zwecke haben sie aus nichtiger Ursache eine Aussperrung beschlossen. Der Vorstand des Holzarbeiterverbandes hat daher beschlossen, von der ihm übertragenen Vollmacht Gebrauch zu machen und einen Extrabeitrag von 10 $\frac{1}{2}$ wöchentlich von allen Mitgliedern zu erheben. In der Zeit vom 1. Januar bis Ende März 1905 beträgt damit der wöchentliche Beitrag, abgesehen von den örtlichen Zuschlägen, 45 $\frac{1}{2}$. In Berlin und den Vororten wird jetzt schon von jedem arbeitenden Mitgliede ein Beitrag von M. 1 erhoben. Im Falle der Not können die Holzarbeiter natürlich noch bedeutend mehr leisten.

Am schwierigsten ist die Organisationsarbeit in der Nahrungsmittelbranche. Um so höher anzuschlagen ist ein Erfolg, den die Berliner organisierten Fleischergehilfen errangen. Die Wahlen zum Vorstand der Ortskrankenkasse des Schlachtereigewerbes haben dem Zentralverband der Fleischer einen vollen Erfolg gebracht. Der Vorstand besteht aus vier Arbeitgebern und acht Arbeitnehmern. Bisher bestand sich der von der gegnerischen Organisation als sozialdemokratisch gekennzeichnete Verband gegenüber den Meistern und den Vertretern der christlichen Arbeiter in der Minderheit. Diesmal sind alle acht Arbeitnehmervorstandsmitglieder mit großer Mehrheit aus dem Verbandsrat entnommen worden, so daß dieser zum ersten Mal mit seiner Zweidrittelmajorität in der Kasse entscheidet.

Einen beachtenswerten Erfolg hat der Zentralverband der Handlungsgelübten bei der Wahl zum Kaufmannsgericht in Stuttgart-Gannstatt errungen. Nachdem sein Ansuchen, eines seiner Mitglieder auf die gemeinsame Liste zu übernehmen, von den übrigen 8 Vereinen unter Führung der deutschnationalen abgelehnt war, stellte der Zentralverband eine eigene Liste auf, die 181 Stimmen auf sich vereinigte; er erhält damit 7 Beisitzer. Der Zettel der übrigen 8 Vereine erlangte 681 Stimmen und 23 Beisitzer.

Mit der künftigen Gestaltung der Meisterei in Stuttgart beschäftigte sich eine Vertretersitzung der sämtlichen Gewerkschaften Stuttgarts. In der Septemberitzung war nach einer Auseinandersetzung über diese Frage den Gewerkschaften aufgegeben worden, sich schlüssig zu machen, ob künftig an der Vohaltung eines Meistertumzuges festgehalten werden sollte, trotzdem sich die Beteiligung jährlich vermindere. Ueber die Stellungnahme der Gewerkschaften hierzu erstatteten nacheinander die Delegierten Bericht. Für die Beibehaltung des Meistertumzuges entschieden sich 17 Gewerkschaften, 6 haben bisher noch keine Stellung genommen. Nach einer ausgedehnten Diskussion wurde in namentlicher Abstimmung mit 34 gegen 20 Stimmen der Antrag des Vorstandes, den Meistertumzug künftig in Fortfall kommen zu lassen, zum Beschluß erhoben.

Gegen das Arbeitersekretariat in Saarbrücken macht die Polizei jetzt mobil. Der Sekretär erhielt vor einiger Zeit von der Polizeidirektion Saarbrücken folgende Zuschrift:

„Nachdem in letzter Zeit mehrfach durch Sie fremde Rechtsangelegenheiten und bei Behörden wahrzunehmende Geschäfte besorgt sind, weise ich darauf hin, daß, soweit dies gewerbsmäßig geschieht, d. h. Sie persönlich solche Aufträge übernehmen und Bezahlung dafür erhalten, die auf Grund des § 88 Absatz 1 der Gewerbe-Ordnung erlassenen Vorschriften vom 28. November 1901 von Ihnen zu wahren sind, abgesehen von Befolgung der Vorschriften des § 85 der Gewerbe-Ordnung.“

Das Arbeitersekretariat erwiderte darauf, daß es von den bei ihm Ratsuchenden keinerlei Gebühren erhebe und deshalb kein Gewerbetriebe sei. Die Polizei will das jedoch offenbar nicht glauben. So erhalten die Arbeiter, denen im Sekretariate Schriftstücke angefertigt wurden, Vorladungen vor die Polizei, wo sie peinlich vernommen werden, ob sie dem Arbeitersekretär irgend etwas bezahlt haben, da derselbe doch nicht von der Luft leben könne.

Kamererei der Zimmermeister in Wien. Der im Sommer zu stande gekommene Lohntarif für Wien sieht für Ueberstunden einen Lohnzuschlag von 12 pZt. vor. Nun versuchen die Zimmermeister bei der Arbeitszeitverkürzung im Winter diese Bestimmung dahin auszulegen, daß sie für die Stunden, welche weniger als die sommerliche Arbeitszeit geschafft wird, 12 pZt. in Abzug bringen können. Das ist natürlich eine echte Kamererei, die unsere Kameraden höchstwahrscheinlich im nächsten Jahre gebührend heimzahlen werden.

Der Zentralvorstand des Zimmerleute-Verbandes der Schweiz hat die Probenummer eines Korrespondenzblattes, „Organ des Schweiz. Zimmerleute-Verbandes“, erscheinen lassen. Unsere dortigen Kameraden haben darüber zu befinden, ob das sehr notwendige Blatt nun regelmäßig erscheinen soll. Ge-

nannter Zentralvorstand verspricht sich ganz mit Recht eine wesentliche Vervollständigung der Organisation. In der Tat sind Zimmerleute genug in der Schweiz, um einen lebensfähigen Zentralverband zu bilden. Hoffen wir, daß sie den entscheidenden Schritt dazu tun und ein regelmäßig erscheinendes Organ beschließen.

Eine Gewerkschaft von Polizisten mit einem Sozialdemokraten an der Spitze ist in Luzern gegründet worden und es gehört ihr bereits die Mehrzahl der 35 Polizisten an, auch hat sie schon den Beitritt zu dem Zentralverband städtischer Angestellten der Schweiz beschlossen. Ob die neue Polizistengewerkschaft sich halten kann, ist noch nicht sicher, der Stadtpäsident und „freisinnige“ Parteihauptling Keller wütet bereits gegen sie.“

Arbeiterversicherung und Gesundheitspflege.

Zur Arztfrage bei den Krankenkassen. Einen neuen Weg hat die Ortskrankenkasse Dresden betreten, um die Ärzte an die Kasse zu fesseln. Bekanntlich ist in Dresden das System der Bezirksärzte am ausgebautesten. Die freie Arztwahl hat in Dresden auf absehbare Zeit keine Aussichten. Jetzt hat der Vorstand eine Pensionierung der Kassenärzte beschlossen und auch die am Freitag stattgefundene Generalversammlung der Ortskrankenkasse hat gegen eine geringe Minorität diesem Plane ihre Zustimmung gegeben. Danach wird den mit festem Gehalt angestellten Kassenärzten im Alter bezw. bei eintretender Invalidität für ihre Pension eine dem sächsischen Staatsdienerpensionsgesetz der Höhe nach entsprechende Pension gewährt und diese Einrichtung unter Anrechnung der Dienstzeit der seitbesoldeten Kassenärzte am 1. Dezember d. J. in Kraft treten. Der Anspruch des Arztes tritt ein, wenn er nach Ablauf der zehnjährigen Amtierung zur Ausführung der lassen- und privatärztlichen Tätigkeit dauernd unfähig wird oder wenn der Arzt das 60. Lebensjahr vollendet hat oder nach 25jähriger Tätigkeit als seitbesoldeter Kassenarzt. Es ist berechnet worden, daß der Kasse durch diese Pensionierung nach zehn Jahren eventuell im ungünstigsten Falle ein Aufwand von M. 30 000 entstehen könnte. Die Krankenkassen sind für die Arbeiter, errichtet, den größten Vorteil davon haben, wie wir sehen, jedoch die Ärzte.

Ortskrankenkassenwahl. Bei der Wahl der Vertreter der Arbeitnehmer zur Generalversammlung der Ortskrankenkasse in Mainz fielen auf die Liste des Gewerkschaftsartikels 2037 und auf die Liste der christlich-nationalen Kandidaten 411 Stimmen. Bei der Wahl vor drei Jahren hatte das Gewerkschaftsartikels 982 und die christlichen Kandidaten 214 Stimmen erhalten.

Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Dieb's Verlag) ist soeben das 10. Heft des 23. Jahrgangs erschienen.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von M. 3,25 pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 $\frac{1}{2}$. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

„Wider die Pfaffenherrschafft“, Kulturbilder aus den Religionskämpfen des 16. und 17. Jahrhunderts. Das neueste Heft enthält: „Die Zerrüttung des Protestantismus“. Jede Lieferung des Werkes kostet 20 $\frac{1}{2}$ und kann noch von Heft 1 an nachbezogen werden.

In zweieundzwanzigster Auflage liegt nunmehr das praktische Schriftchen von Lipinski, **Die Rechte und Pflichten des Meisters**, Preis 20 $\frac{1}{2}$, Porto 5 $\frac{1}{2}$, vor; es ist zu beziehen durch Mich. Lipinski, Verlag, Leipzig, Neudorferstr. 11.

Die in demselben Verlage erscheinende Bibliothek des praktischen Wissens ist durch ein zwölftes Bändchen Kleis, **Die Unfallversicherung**, Preis 50 $\frac{1}{2}$, Porto 10 $\frac{1}{2}$, ergänzt worden.

„In Freien Stunden“, illustrierte Wochenschrift für das arbeitende Volk. Heute gelangt Heft 49 dieser Zeitschrift zur Ausgabe, das für 10 $\frac{1}{2}$ durch jede Parteibuchhandlung bezogen werden kann.

Briefkasten der Redaktion.

* Dieser Kummer liegt das „Correspondenzblatt der General-Kommission“ für die Lokalvorstände resp. Vertrauensmänner bei.

Veranstaltungsanzeiger.

(Unter dieser Rubrik werden Veranstaltungsanzeigen bis zu drei Zeilen Raum unentgeltlich aufgenommen.)

- Aalen.** Dienstag, den 18. Dezember, Abends 5 Uhr, im „Gasthof zum Rab“.
- Ahrensburg.** Sonntag, den 18. Dezember, in „Schierhorn's Gasthof“.
- Altshausen.** Sonntag, den 18. Dezember, Jahrtag von 9 bis 11 Uhr Vorm., Maslowstr. 23.
- Augsburg.** Sonntag, den 17. Dezember, in „Goldenen Anter“, Dürerstr. 11.
- Augsburg.** Sonntag, den 18. Dezember, Vorm. 10 Uhr, im Gasthaus „Zum Schwan“, am oberen Graben.
- Baden-Baden.** Samstag, den 17. Dezember.
- Barmen-Eberfeld.** Dienstag, den 18. Dezember, Abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, in Barmen, „Gewerkschaftshaus“ Parlamentstr. 5.
- Bernburg.** Sonnabend, den 17. Dezember, Abends 8 Uhr, im „Deutschen Hause“.
- Bochum.** Sonntag, den 18. Dezember, Vorm. 10 $\frac{1}{2}$ Uhr, bei Schafer, Ringstr. 8.
- Brunshaupten.** Sonntag, den 17. Dezember, im Gasthaus „Zur Einigkeit“.

- Beitz.** Sonntag, den 18. Dezember, im Vereinslokale.
- Brieg.** Sonnabend, den 17. Dezember, Jahlabend in der Herberge, Baulauerstraße.
- Burgstädt.** Sonntag, den 11. Dezember, Nachmittags 1 Uhr, Barths Gasthaus (Zentralherberge).
- Cassel.** Freitag, den 16. Dezember, Abends 7 Uhr, im „Bunten Bod“.
- Cöpenick.** Sonntag, den 18. Dezember, bei Wilsch, Zeidler, Müggelheimerstr. 29.
- Cöslin.** Sonntag, den 18. Dezember, beim Wirt Brühl, Gärtnerstr. 2.
- Coswig i. A.** Sonnabend, den 17. Dezember.
- Cracau.** Sonnabend, den 17. Dezember, Abends 7 Uhr, Jahlabend in der „Schweizerhalle“.
- Cremmen.** Sonntag, den 18. Dezember.
- Crimmitschau.** Sonntag, den 11. Dezember, Nachmittags 4 Uhr, in der Zentralherberge.
- Cöln.** Dienstag, den 18. Dezember.
- Darmstadt.** Sonnabend, den 17. Dezember, Abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, bei J. Wolf, Gasthaus „Zum Treppchen“, Al. Bergstr. 9.
- Deffau.** Sonnabend, den 17. Dezember, Jahlabend bei Stelzer.
- Duisburg.** Sonntag, den 18. Dezember, Vormittags 11 Uhr, bei A. Marx, Feldstr. 9.
- Düsseldorf.** Sonntag, den 18. Dezember, Vormittags 11 Uhr, im oberen Saale des Gewerkschaftshauses, Bergerstr. 8.
- Deutsch-Krone.** Sonnabend, den 17. Dezember, Abends 8 Uhr, im Verkehrslokale, bei Wwe. Böß.
- Eberswalde.** Sonntag, den 18. Dezember, Nachmittags 3 Uhr, im Restaurant „Zur Mühle“.
- Eisenberg.** Sonnabend, den 17. Dezember, bei Winter, Robaischstraße.
- Emmendingen.** Samstag, den 17. Dezember, Abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, in der „Sinnerhalle“.
- Essen.** Sonntag, den 18. Dezember, Vormittags 11 Uhr, im Restaurant „Vorussa“, Rotstr. 18.
- Einbeck.** Dienstag, den 18. Dezember, eine halbe Stunde nach Feierabend.
- Freiburg i. S.** Mittwoch, den 14. Dezember, Jahlabend im Restaurant Habamonsky, Schönebergstr.
- Freiburg i. B.** Sonntag, den 18. Dezember, Vorm. 10 Uhr, bei Schwente.
- Frankenthal.** Sonntag, den 18. Dezember, Vorm. 10 Uhr, im Restaurant „Zum Nachlicht“, Kanalstraße.
- Glückstadt.** Montag, den 18. Dezember, Abends 8 Uhr, bei Wint, Am Markt.
- Goslar.** Sonnabend, den 17. Dezember, Abends 8 Uhr, im „Lübli“.
- Görlik.** Mittwoch, den 14. Dezember, in „Stadt Hamburg“.
- Halle.** Sonnabend, den 17. Dezember, bei Streicher, Kleine Klausstr. 7 Gasthaus „Zu den drei Königen“.
- Hamm i. B.** Sonnabend, den 17. Dezember, Abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Verbandslokal bei Karl Winkler.
- Herne.** Sonnabend, den 17. Dezember, Abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, bei Wwe. Vonn, Bochumerstraße.
- Holzminden.** Sonnabend, den 17. Dezember.
- Herford.** Sonntag, den 18. Dezember, Vorm. 10 Uhr, in der „Harmonie“, Alter Markt.
- Jena.** Freitag, den 16. Dezember, Abends 7 Uhr, im Restaurant „Roh“.
- Kiel.** Dienstag, den 18. Dezember, Abends 8 Uhr, im „Elysiun“, Brunswikerstr. 50.
- Konstanz.** Sonntag, den 11. Dezember, Nachmittags 3 Uhr, bei Luz.
- Landsberg a. d. W.** Sonntag, den 18. Dezember, Nachmittags 3 Uhr, bei Rotenburg, Küstrinerstr. 30/31.
- Langen.** Sonntag, den 18. Dezember, im „Lämmchen“.
- Langensfeld.** Sonntag, den 18. Dezember.
- Linden.** Dienstag, den 18. Dezember, bei Korte, Babilonstraße.
- Merseburg.** Sonnabend, den 17. Dezember, im Restaurant „Junkerburg“.
- Metz.** Sonntag, den 18. Dezember, Vormittags 10 Uhr, bei Uhlmann, Karlsru. 4.
- Mühlheim a. d. R.** Mittwoch, den 14. Dezember, bei Hollenberg, Dickswall 10.
- Mühlau.** Sonnabend, den 17. Dezember, im Gasthaus „Zur Germania“.
- Mühlhausen i. Th.** Freitag, den 16. Dezember, im Gewerkschaftshaus.
- Nienburg a. d. S.** Sonnabend, den 17. Dezember, im Gasthof „Zur grünen Tanne“.
- Nürnberg.** Sonntag, den 11. Dezember, Vormittags 9 $\frac{1}{2}$ Uhr, im „König von England“.
- Oberhausen.** Sonntag, den 18. Dezember, Morgens 11 Uhr, bei Hermanns, Grenstraße.
- Offenbach.** Dienstag, den 18. Dezember.
- Oggersheim.** Sonntag, den 18. Dezember, Vormittags 10 Uhr, im „Grünen Baum“.
- Orb.** Sonnabend, den 17. Dezember, Abends 9 $\frac{1}{2}$ Uhr, bei Wwe. Fuller, Hauptstr. 45.
- Oschersleben.** Sonntag, den 11. Dezember, Nachmittags 3 Uhr, bei Otto Schröder, Bruchstraße.
- Oßweil.** Sonntag, den 11. Dezember, Nachmittags 2 Uhr, Brodt, „Zum Waldborn“.
- Reine.** Sonntag, den 18. Dezember, in Neues Saalbau.
- Röhlen.** Sonnabend, den 17. Dezember, im Restaurant „Zur Tulpe“.
- Potsdam.** Dienstag, den 18. Dezember, Abends 8 Uhr, bei Wwe. Glaser, Kaiser-Wilhelmstr. 38.
- Preussisch.** Sonntag, den 18. Dezember, Nachmittags 3 Uhr, bei Poisson, Schnelle 67.
- Querfurt.** Sonntag, den 18. Dezember, Nachmittags 3 Uhr, bei Fr. Rensch.
- Quitzborn.** Sonntag, den 18. Dezember, Nachmittags 4 Uhr, im Gasthof Bein.
- Rastenburg.** Sonntag, den 18. Dezember, Nachmittags 3 Uhr, im „Vereinshaus“, Schulstr. 30.
- Reichenbach.** Sonntag, den 18. Dezember, Nachmittags 3 Uhr, Jahlabend in der „Lohhalle“, Greizerstraße.
- Reinscheid.** Samstag, den 17. Dezember, Abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Lokale von Driess, Bismarckstr. 18.
- Rheingönheim.** Sonnabend, den 17. Dezember, in der Wirtschaft „Zur frühlichen Pfalz“.
- Rohlfan.** Sonnabend, den 17. Dezember, im Gasthaus „Zur goldenen Krone“.
- Ruhrort.** Sonntag, den 18. Dezember, Nachmittags 3 Uhr, bei Diebels, in Stodum, Kaiserstr. 4.
- Regensburg.** Samstag, den 17. Dezember.

Hofst. Sonnabend, den 17. Dezember, Abends 8½ Uhr, bei Haeder, Beguinenberg 10.
Saarbrücken. Sonntag, den 11. Dezember, im „Kaiseraal“, St. Johann.
Schleswig. Dienstag, den 18. Dezember, bei Paulsen, Domplatzhof 14.
Schwelm. Sonnabend, den 17. Dezember, im Verbandslokal bei Böbing.
Solingen. Sonntag, den 18. Dezember, Nachmittags 4 Uhr, im „Solinger Mischelhaus“, Hochstr. 27.
Steinbeck. Sonntag, den 11. Dezember, Nachmittags 4½ Uhr, bei Aug. Westphal.
Stralsund. Sonnabend, den 17. Dezember, im Gewerkschaftshaus, Frankendamm 88.
Stuttgart. Bezirk Ostheim. Sonnabend, den 17. Dezember, Abends 7½ Uhr, in der Ostheimer Bierhalle.
Soran. Sonntag, den 18. Dezember, im Gasthaus „Zur Eise“.
Templin. Sonntag, den 18. Dezember, Nachmittags 3 Uhr, bei Paul Terneum.
Thorn. Freitag, den 16. Dezember, Abends 7 Uhr, im Gasthaus „Zur Ostbahn“ in Mioder.
Ulm. Mittwoch, den 14. Dezember, Abends 7 Uhr, in Hohentwiel.
Wegefall. Sonntag, den 18. Dezember, Nachmittags 3 Uhr, in der „Vereinshalle“.
Wetten. Sonntag, den 18. Dezember.
Weischenfels. Sonnabend, den 17. Dezember, Zahlabend in der „Zentralhalle“.
Werdau. Sonntag, den 11. Dezember, Nachm. 3 Uhr, in der „Feuerkugel“.
Wiesbaden. Mittwoch, den 14. Dezember, Abends 8 Uhr, im Gasthaus „Teutonia“.
Wiesdorf. Sonntag, den 18. Dezember, Nachm. 4 Uhr, bei Rudolf Krüner, „Schafstall“.
Witten. Samstag, den 17. Dezember, bei Aug. Raase, Oberstraße 17.
Wolgast. Sonnabend, den 17. Dezember, beim Gastwirt Schulz, Schloßplatz.
Wurzen. Sonnabend, den 17. Dezember, Zusammenkunft in der Restauration „Zum Schützenhaus“.
Waune. Sonntag, den 18. Dezember, Vormittags 11 Uhr, bei Homburg, Schulstraße.
Zehebeck. Sonntag, den 18. Dezember, Nachmittags 3 Uhr, beim Gastwirt Buchholz, Amtsfreiheit.
Zeitz. Sonnabend, den 17. Dezember.
Zwögen. Sonntag, den 18. Dezember, Nachmittags 4 Uhr, in Hartmanns Lokal.
Bittau. Jeden Sonnabend von 5 Uhr an Zahlabend im „Deutschen Haus“.

Zahlstelle Neudamm.
Sonntag, den 11. Dezember, Nachmittags 3 Uhr:
Mitglieder-Versammlung.
 Der wichtigen Tagesordnung halber ist zahlreiches Erscheinen erforderlich. [70 A] Der Vorstand.

Zahlstelle Bremen.
 Umstände halber findet unsere regelmäßige
Mitglieder-Versammlung
Donnerstag, den 15. Dezember, Abends pünktlich um 8 Uhr, im „Colosseum“ statt.
 Tagesordnung: Wie stellen wir uns zu der Einführung der Arbeitslosenunterstützung im Zentralverband? Alle Mitglieder müssen anwesend sein. In der Versammlung werden die Ergebnisse der „arbeitswilligen“ Zimmerer verteilt. [M. 1,20] Der Vorstand.

Bekanntmachung.
 Es wird hiermit becheinigt, daß unser früherer Vorsitzender **G. Langeloh** der Zahlstelle Bochum gegenüber keinerlei Verpflichtungen hat. [M. 1,80] Der Vorstand der Zahlstelle Bochum.

Aufforderung! [M. 1,50]
 Zimmerer **Paul Boldt** (Verb.-Nr. 027 791) wird als Zeuge gesucht und gebeten, seine Adresse an das Verbandsbureau der Zimmerer Kiels, Fleethörn 38, pt., einzufenden.

Hermann Jakobs (Verb.-Nr. 75 108) wird hierdurch aufgefordert, hier seinen Verpflichtungen nachzukommen. Wer seinen Aufenthalt weiß, wird ersucht, davon Mitteilung zu machen. **Zahlstelle Hörde.** [M. 1,50] Herm. Humboldt, Neumarkt 1.

Achtung! Zahlstellenkassierer!
 Das Mitglied **Oswald Mehlhorn** (Buch-Nr. 96 737) ist hier abgereist, ohne seinen Verpflichtungen nachzukommen. Er hatte noch 20 Beitragsmarken à 45 A = M. 9 und 20 Beitragsmarken à 10 A = M. 2 zum Abrechnen. Alle Kameraden, denen der Aufenthalt des Mehlhorn bekannt ist (er soll sich in der Bremer Gegend aufhalten), werden ersucht, ihn an seine Pflicht zu erinnern und seine Adresse an **Unterzeichneter** gelangen zu lassen. **P. Gubisch**, Geschäftsstelle der Zimmerer zu Chemnitz: Sainstr. 1. 1. Etage. [M. 3,00]

Anzeigen.

(Den Anzeigen wird der Kostenpreis in Klammern beigebrucht. Das Geld ist ohne weitere Aufforderung so bald wie möglich, unter der Adresse **August Brington**, Hamburg 22, Postfach 28, I., einzufenden. Die Post befördert Geldbeträge bis zu M. 5 für 10 A per Postanweisung. Wir bitten daher, keine Briefmarken, sondern bar Geld zu senden.)

Nachruf.
 Am Dienstag, den 29. November, verstarb nach längerer Krankheit unser Kamerad
Wilhelm Barlepp
 im Alter von 54 Jahren.
 Möge ihm die Erde leicht sein!
 [M. 3,60] Die Zahlstelle Magdeburg.

Nachruf.
 Am 24. November verstarb infolge eines Unglücksfalles unser treuer Kamerad
Jakob Schnitzer
 im Alter von 19 Jahren.
 Ehre seinem Andenken!
 [M. 3,60] Die Zahlstelle Mülheim a. d. Ruhr.

Zahlstelle Magdeburg.
Dienstag, den 13. Dezember, Abends Punkt 8 Uhr, findet im Lokale der Wwe. Müller, Tischlerkrugstr. 22, unsere verlegte

Mitglieder-Versammlung
 statt. Tagesordnung: 1. Wahl des Vorstandes. 2. Wahl von zwei Kartelldelegierten. 3. Beschlußfassung über die Vorlage des Gewerkschaftsartikels, betreffend Einführung einer Steuerunterstützung. 4. Wahl eines Delegierten zur Generalversammlung. 5. Wahl eines Mitgliedes zur Agitationskommission. 6. Wahl eines Kolporteurs für den Bezirk Sudenburg und Wilhelmstadt. 7. Stellungnahme zur Erhöhung des Lokalfonds in den beitragsfreien Wochen. 8. Verschiedenes. Kameraden! Die Tagesordnung ist eine sehr reichhaltige; es wird daher um pünktliches und zahlreiches Erscheinen ersucht; ganz besonders sind die Kameraden aus den Bezirken Sudenburg und Wilhelmstadt eingeladen. Das Mitgliedsbuch ist zwecks Abstempelung des Versammlungsbefuches mitzubringen. [M. 2,10] Der Vorstand.

Achtung! Kameraden! Achtung!
 Seitens der Zahlstelle Düsseldorf ist für zureisende und arbeitslose Kameraden ein Arbeitsnachweis errichtet worden. Die Geschäftsstunden sind Wochentags von 8 bis 9 Uhr Abends, Sonntags von 11 bis 12 Uhr Mittags. [M. 1] Laut Versammlungsbeschlus ist jedes zureisende Verbandsmitglied verpflichtet, sich vor dem Umschauen im Arbeitsnachweis zu melden. Dasselbst wird auch die Reiseunterstützung ausbezahlt. **Der Zahlstellenvorstand.**

Erschienen ist der **zweite Band** von der

Geschichte

der

Deutschen Zimmererbewegung

und für die Mitglieder unseres Zentralverbandes durch alle Zahlstellen-Vorstände und Verbands-Kolporteurs sowie eventuell durch Unterzeichneten zu beziehen.
 Der zweite Band der „Geschichte der deutschen Zimmererbewegung“ ist 24 Bogen (XXXII und 339 Seiten) stark; er schließt sich seinem Vorgänger, dem ersten Bande, würdig an; er ist in ebenso geschmackvollen Einband gefast und ebenso schön ausgestattet wie der erste Band.
 Für Mitglieder unseres Zentralverbandes beträgt der Preis

3 Mark für das gebundene Exemplar.

Der Inhalt des zweiten Bandes ist wie folgt eingeteilt:

<p>Bildnis der Delegierten der ersten Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Zimmerervereins, abgehalten im Jahre 1868. Vorwort. Der Allgemeine deutsche Zimmererverein (1868 bis 1870). Die Lohnbewegungen der Zimmerer zur Zeit des Allgemeinen deutschen Arbeiter-Unterstützungsverbandes (1871 bis 1872). Der Deutsche Zimmererbund (1873 bis 1874). Sympathieerklärungen zur Gründung des Allgemeinen deutschen Zimmerervereins. Protokoll über die Gründung und die erste Generalversammlung des Allgemeinen deutschen Zimmerervereins. Statut des Deutschen Zimmererbundes (1873 bis 1874). Dokumente aus dem Sozialisten- und Gewerkschaftsprozess von 1875. Statuten der Internationalen Gewerkschaften der Maurer und Zimmerer (1869 bis 1875). An die Maurer, Zimmerer und verwandten Berufsgenossen deutscher wie außerdeutscher Staaten. (Auftrag der Internationalen Gewerkschaften von 1870). Statut des Deutschen Zimmerervereins (1875 bis 1876). Protokoll der ersten ordentlichen Generalversammlung des Deutschen Zimmerervereins zu Hamburg.</p>	<p>Die ersten Versuche der Staatsgewalt, die deutsche Zimmererbewegung zu unterdrücken. Die Internationale Gewerkschaften der Maurer und Zimmerer (1869 bis 1875). Der Deutsche Zimmererverein (1875 bis 1876). Deutsches Zimmerergewerk (1876 bis 1878). Die Arbeiterorganisationen im Baugewerbe (1868 bis 1881). Die Zentral-Kranken- und Sterbefälle der Zimmerer. Als Anlagen sind dem zweiten Bande beigegeben: Protokoll der zweiten ordentlichen Generalversammlung des Deutschen Zimmerervereins zu Hamburg. Bericht über den Kongress deutscher Zimmerer zu Hamburg am 19. und 20. Juni 1876. Statut des Deutschen Zimmerergewerks (1876 bis 1878). Verdruf an alle Zimmerer Deutschlands zur Teilnahme an dem öffentlichen Kongress des Deutschen Zimmerergewerks zu Leipzig am 16. Mai 1877. Bericht über den Kongress des Deutschen Zimmerergewerks zu Leipzig am 14. und 15. Mai 1877. Bericht über den Kongress der deutschen Zimmerer zu Leipzig am 16. Mai 1877. „Monitor“, Organ der deutschen Zimmererbewegung in den siebziger Jahren. Verzeichnis der benutzten Literatur.</p>
---	---

Dieses Inhaltsverzeichnis schon dürfte dartun, daß es sich in dem zweiten Bande unserer Geschichte um ein Buch handelt, das jeder organisierte Zimmerer lesen und dessen Inhalt er sich fest einprägen sollte. Handelt es sich doch um die Darstellung unserer eigenen Bewegung, um die Vorläufer unserer heutigen Organisation, um deren Werden und Wirken. Man erhält aus dem Buche nicht nur Belehrung, wie die deutsche Zimmererbewegung der siebziger Jahre als Ganzes entstanden ist und gewirkt hat, sondern es ist darin auch beschrieben, wie in den meisten Orten, wo unser Verband heute Zahlstellen hat, der Grundstein zu einer erprießlichen Zimmererbewegung gelegt worden ist. Auch die Widerstände sind eingehend geschildert, welche die deutsche Zimmererbewegung in den ersten zehn Jahren ihres Bestehens überwinden mußte, bevor sie zu ihrer heutigen Ausbreitung und Stärke gelangen konnte. Genau, wie sich ein Urteil über die großen Anstrengungen bilden will, die zur Verbesserung der Lage der Zimmerer gemacht worden sind, wer den Wert der Organisation richtig einschätzen will — und dieses Wollen sollte man doch bei jedem organisierten Kameraden als vorhanden voraussetzen —, der muß das Buch lesen.
 Auch von dem ersten Bande „Geschichte der deutschen Zimmererbewegung“ ist noch Vorrat vorhanden, so daß diejenigen Verbandskameraden, die denselben noch nicht im Besitze haben, bedient werden können.
Die Bezugsbedingungen sind dieselben wie bei dem zweiten Bande.
 Die „Geschichte der deutschen Zimmererbewegung“ hat auch ein großes Interesse für alle anderen gewerkschaftlich organisierten Arbeiter. Ist doch die deutsche Zimmererbewegung eine der ältesten in Deutschland. Sie ist in den siebziger Jahren allen Wechselfällen der wirtschaftlichen Konjunktur, der Gewerkschaftspolitik der Reichsregierung und dem Treiben der Scharfmacher ausgesetzt gewesen; sie hat widerstanden, bis der Erlaß des Schandgesetzes eine tatkräftige Gewerkschaftsbewegung in Deutschland auf einige Jahre unmöglich machte. Alle gewerkschaftlich organisierten Arbeiter können viel aus dem Werke lernen; es bildet auch für ihre speziellen Bewegungen eine Art Spiegel. Um auch jedem anderen Genossen es möglich zu machen, sich das Werk anzuschaffen, ist ein Teil der Auflage im Buchhandel erschienen und wird bei **J. H. W. Dietz Nachf. (G. m. b. H.), Stuttgart**, verlegt und kann durch alle Buchhandlungen und Kolporteurs bezogen werden. Dahin sind alle Nichtmitglieder unseres Verbandes, die auf das Werk reflektieren, zu verweisen.
 Die Mitglieder unseres Zentralverbandes werden hierdurch ersucht, ihre Bestellungen auf das Werk so bald wie möglich an ihre betreffenden Verbands-Kolporteurs bzw. Zahlstellen-Vorstände gelangen zu lassen; Einzelmitglieder können vom Unterzeichneten direkt beziehen. In den Händen der Zahlstellen-Vorstände befindet sich Bestellmaterial. Wir bitten um recht baldige Bestellung, damit die Expedition möglichst wenig Zeit in Anspruch nimmt und die Postkosten nicht so hoch werden.

**Der Vorstand des Zentralverbandes
 der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands.**